

DIE HENNE

Beiträge zur Geschichte der Ruhr-Universität Bochum,
herausgegeben vom Universitätsarchiv Bochum



Handwritten notes in red and black ink:
11-
R
M. J.
Klottenkette
Zurückstellung
leeres Geschäftswi-
nung

im
rung
davon
er Ent-
ist.

Handwritten signature in blue ink:
(Fritz Holthoff)

INHALT:

Im Schatten von Carl Schmitt

Heft Nr. 2

März 2013

DIE HENNE

Beiträge zur Geschichte der
Ruhr-Universität Bochum

hrsg. vom
Universitätsarchiv Bochum

Heft 2

Ruhr-Universität Bochum

Die Henne. Beiträge zur Geschichte der Ruhr-Universität Bochum
hrsg. vom Universitätsarchiv Bochum
Schriftleitung: Jörg Lorenz
Gestaltung/Satz: Alexandra Apfelbaum, Jörg Lorenz
ISSN: 2193-9608
Heft 2/2013
Bochum 2013

INHALTSVERZEICHNIS

Vorbemerkung	5
Im Schatten von Carl Schmitt – Die merkwürdigen Anfänge der Politikwissenschaft an der Ruhr-Universität. Von Wilhelm Bleek	7
Abbildungsnachweise	51



Zugang zur Universität im Jahr 1969, Hochbauten v.l.n.r.: IC, NC und IB

Vorbemerkung

Das zweite Heft unserer Schriftenreihe lenkt den Blick auf eine der Fakultäten (damals „Abteilungen“) der Ruhr-Universität Bochum, die im Wintersemester 1965/66 zusammen mit anderen geistes- bzw. gesellschaftswissenschaftlichen Fächern als erste den Lehrbetrieb an der neu gegründeten Hochschule aufgenommen hat. Dabei analysiert Wilhelm Bleek die ersten Berufungen für den Bereich der Politikwissenschaft, die entsprechend den Empfehlungen des beratenden Gründungsausschusses der Universität Bochum der Abteilung für Sozialwissenschaft zugeordnet waren. Mehr als bei anderen Fachrichtungen waren hier Fragen der politischen Ausrichtung von Bedeutung, die in den frühen 1970er Jahren die auf Einflussnahme drängende Studierendenschaft auf den Plan rief. Als Lehrstuhlinhaber ab 1981 war der Autor, wenn nicht direkt Zeitzeuge, so doch durch sein berufliches Umfeld und seine persönlichen Kontakte sehr nahe am Geschehen und hatte die Möglichkeit, die auch heute noch im Dekanat der Fakultät befindlichen Akten zu konsultieren. Das Universitätsarchiv schätzt sich glücklich, dass Prof. Bleek sich angeboten hat, seinen 2001 zu dem Thema gehaltenen Vortrag für das vorliegende Heft zu überarbeiten und ganz wesentlich zu erweitern.

Zum Autor: Prof. em. Dr. Wilhelm Bleek, Jahrgang 1940, studierte u. a. Politologie, Neuere Geschichte, Pädagogik und Öffentliches Recht an der Freien Universität Berlin und wurde dort 1969 mit dem Thema „Von der Kameralausbildung zum Juristenprivileg“ promoviert. 1981 habilitierte er sich an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München. An der Ruhr-Universität Bochum hatte er von 1981 bis 2005 den Lehrstuhl „Politische Wissenschaft I“ inne und nahm in den 1980er und 1990er Jahren diverse Gastprofessuren an der University of Toronto/Kanada und an der Humboldt-Universität zu Berlin wahr. Prof. Bleek ist verheiratet, hat zwei Kinder und lebt heute in Toronto/Kanada.

Homepage: <http://www.sowi.ruhr-uni-bochum.de/pw1/mitarbeiter/bleek/bleek.html>

Jörg Lorenz

Im Schatten von Carl Schmitt

Die merkwürdigen Anfänge der Politikwissenschaft an der Ruhr-Universität¹

von Wilhelm Bleek

Am Anfang waren: M. Rainer Lepsius und Carl Schmitt

Am Anfang war? Diese klassische Frage, mit welcher der Evangelist Johannes sein erstes Kapitel eingeleitet hat, ist für viele historische Darstellungen der Ausgangspunkt. Für die allgemeine Geschichte der Politikwissenschaft muss sie im Hinblick auf den großen Einfluss des antiken Philosophen auf die Politiklehre im späten Mittelalter wie in der frühen Neuzeit mit der Feststellung beantwortet werden: „Am Anfang war Aristoteles“.² Doch an der Ruhr-Universität Bochum, die 1965 ihren Lehrbetrieb aufnahm, standen am Anfang des Faches, um es etwas personalistisch zu formulieren, der junge politische Soziologe M. Rainer Lepsius und der alte Staatsrechtslehrer Carl Schmitt.

Mit dem Namen von Lepsius verbindet sich ein Plan zur Konsolidierung und Expansion der Politikwissenschaft an allen bundesdeutschen Universitäten, wie er prototypisch an der Ruhr-Universität als der ersten großen Neugründung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges umgesetzt wurde – sieht man von der Freien Universität Berlin aus dem Jahr 1949 ab. Mit

1 Überarbeitung eines Vortrages im Rahmen des Studium Generale der Ruhr-Universität Bochum, Vorlesungsreihe Wissenschaftsgeschichte, gehalten am 6. Dezember 2001. Gerlinde Roskam und Jörg Lorenz habe ich für Hilfestellungen bei der archivalischen Unterfütterung zu danken, letzterem auch für die editorische Betreuung meines transatlantischen Projektes. Ich widme diesen Aufsatz meinem leider zu früh verstorbenen Bochumer Kollegen und Freund Ulrich Widmaier (1944-2007).

2 Bleek, Wilhelm: Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland, München 2001, S. 32.

dem Namen des berühmt-berüchtigten Staatsrechtslehrers Carl Schmitt aber verbindet sich über weite Strecken die Erstbesetzung der politikwissenschaftlichen Lehrstühle in Bochum. Beides, der Strukturplan zum Aufbau der Politikwissenschaft an der Ruhr-Universität und das Forschungs- und Lehrprofil der ersten Politikwissenschaftler, soll in diesem Beitrag dargestellt werden, bevor abschließend auf die Frage eines besonderen Bochumer Profils der Politikwissenschaft eingegangen wird.

Noch ein Wort zur Terminologie³: In der Konzeptionsphase firmierte das Fach in Bochum zunächst nach Westberliner Vorbild unter dem Begriff der „Politologie“ und in der Gründungsphase setzte sich die Bezeichnung „Politische Wissenschaft“ durch. Da dieser Begriff nicht nur dem amerikanischen „Political Science“ nachgebildet ist, sondern auch eine, wenn auch meist unbewusste, Übernahme des nationalsozialistischen Wortgebrauchs von den „Politischen Wissenschaften“ beinhaltet, hat sich in den letzten Jahrzehnten weitgehend die neutralere Bezeichnung „Politikwissenschaft“ durchgesetzt.

Die Lepsius-Denkschrift zur Konsolidierung und Expansion der Politikwissenschaft

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Diktatur war das Fach Politikwissenschaft sehr mühsam von den westlichen Besatzungsmächten, insbesondere den USA, und von deutschen Gelehrten, insbesondere Remigranten aus den USA, gegen den Widerstand der konservativen und traditionalistischen Kräfte an den bundesdeutschen Universitäten aufgebaut worden.⁴ Die wiederbegründete Wissenschaft von der Politik – die ältere Politiklehre war im Deutschen Reich gegen Ende des 19. Jahrhunderts untergegangen und in der Weimarer Republik lediglich an der außeruniversitären Deutschen Hochschule für Politik in Berlin wiederbelebt worden – beschränkte sich als eine „Demokratiewissenschaft“

3 Ebd., S. 300ff.

4 Siehe ebd., Kap. 8, S. 265-307.

– den Ausdruck hat erst 1962 Hans-Peter Schwarz geprägt⁵ – auf ihren Beitrag zum Studium Generale, zur allgemeinen staatsbürgerlichen Bildung aller Studierenden. Daher war das Fach an den meisten westdeutschen Universitäten, wenn überhaupt, nur mit einem Lehrstuhl vertreten; lediglich die Freie Universität in Berlin, in welche 1959 die 1948 wiedergegründete Deutsche Hochschule für Politik integriert worden war, machte mit elf Professuren eine Ausnahme.



Mario Rainer Lepsius, 1960er Jahre

Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts gab die Einführung des Schulfaches Sozialkunde, Gemeinschaftskunde oder wie immer es in den verschiedenen Bundesländern genannt wurde, den Anstoß für einen Ausbau der Politikwissenschaft an den bundesdeutschen Universitäten. Programmatische Grundlage für diese nachhaltige Konsolidierung und entschiedene Ausweitung der Politikwissenschaft wurde eine im Auftrage der Deutschen Forschungsgemeinschaft verfasste und 1961 veröffentlichte „Denkschrift zur Lage der Soziologie und der Politischen Wissenschaft“.⁶ Ihr Autor war mit Mario Rainer Lepsius (geb. 1928) ein junger 32-jähriger Münchener Habilitand der Soziologie, der später zu einem der bedeutendsten Vertreter der Sozialwissenschaften in Deutschland und insbesondere der politischen Soziologie als dem Scharniergebiet zwi-

5 Schwarz, Hans-Peter: Probleme der Kooperation von Politikwissenschaft und Soziologie in Westdeutschland, in: Oberndörfer, Dieter (Hrsg.): Wissenschaftliche Politik. Eine Einführung in die Grundfragen ihrer Tradition und Theorie, Freiburg/Breisgau 1962, S. 297-333, hier: S. 303.

6 Lepsius, M. Rainer: Denkschrift zur Lage der Soziologie und der Politischen Wissenschaft. Im Auftrage der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Wiesbaden 1961.

schen Politikwissenschaft und Soziologie aufrückte. Lepsius setzte im Vorwort seiner Denkschrift das Ziel, die Lage und Ausbauerfordernisse von Soziologie und politischer Wissenschaft zu erkunden. Auf diese Weise wollte er „die institutionellen Voraussetzungen für die künftige Entwicklung dieser Wissenschaften in Deutschland [...] bestimmen“.⁷ So sollte nach der ersten Entwicklungsphase der Neukonstituierung die zweite Phase der inneren Konsolidierung eingeleitet und dann die dritte Stufe der vollen Entfaltung angestrebt werden. Nach einer Inventur der wissenschaftsgeschichtlichen, theoretischen, berufspraktischen und organisatorischen Lage der Sozialwissenschaften kam Lepsius in seiner Denkschrift zu dem Schluss: „Im ganzen gesehen muß der gegenwärtige Stand der politischen Wissenschaft in Deutschland noch als unbefriedigend bezeichnet werden. Die politische Wissenschaft steht am Anfang und angesichts der politischen Lage Deutschlands zugleich vor dringenden, ungewöhnlich weitgespannten Aufgaben.“⁸

Aus dieser Bestandsaufnahme folgte M. Rainer Lepsius die Notwendigkeit einer umfassenden Etablierung, Konsolidierung, Institutionalisierung und auch Internationalisierung der deutschen Politikwissenschaft. So mündete die Denkschrift in einem „Modell für die Institutionalisierung der Politischen Wissenschaft“⁹, wonach an jeder Universität mindestens drei planmäßige Professuren und ein Institut mit fünf wissenschaftlichen Assistenten sowie nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern und angemessenen Sachmitteln einzurichten sei. Dieses Ziel sollte in einem Zeitraum von etwa zehn Jahren verwirklicht und in den nächsten fünf Jahren sollten wenigstens an jeder westdeutschen Universität ein, wenn nicht zwei Lehrstühle der Politikwissenschaft errichtet werden.

Diese anspruchsvollen Forderungen der Lepsius-Denkschrift von 1961 nahm im folgenden Jahr der Wissenschaftsrat in seinen „Anregungen zur Gestalt neuer Hochschulen“ auf, indem er Sozialwissenschaftliche Abteilungen konzipierte, die auch drei Lehrstühle für „Wissenschaft von der Politik“, und zwar für Politische Theorien, für Politische Institutionen und für Inter-

7 Ebd., S. 1.

8 Ebd., S. 87.

9 Ebd., S. 116f.

nationale Beziehungen, umfassen sollten.¹⁰ Damit war der Bauplan für den Aufbau der Sozialwissenschaften an der Ruhr-Universität vorgegeben, deren Gründung am 18. Juli 1961 nach heftigen – auch parteipolitisch gefärbten – Auswahlkämpfen mit der Nachbarstadt Dortmund an Bochum gefallen war.

Gründung und Gründungsdenkschrift der Ruhr-Universität Bochum

Die Ruhr-Universität, die am 30. Juni 1965 feierlich eröffnet wurde und am 2. November dieses Jahres ihren Lehrbetrieb aufnahm, war die erste von zahlreichen neuen Universitäten, die in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren in der Bundesrepublik etabliert wurden.¹¹ Der Hintergrund dieser Gründungswelle war die damalige Diskussion um den „Bildungsnotstand“ (Georg Picht¹²). Sie hatte Ende der fünfziger Jahre im Gefolge des „Sputnikschocks“ (1957) über den vermuteten technologischen Rückstand des Westens gegenüber der Sowjetunion und der westeuropäischen Minderwertigkeitsgefühle gegenüber den USA und Japan sowie des Versiegens des Nachschubs akademisch Vorgebildeter aus der DDR nach deren Abschottung im August 1961 eingesetzt. Bildungspolitiker wie der Soziologe Ralf Dahrendorf propagierten ein „Bürgerrecht auf Bildung“¹³ und forderten, durch massive Bildungswerbung gerade unter Arbeiterkindern die Zahl der Studierenden und damit der künftigen Akademiker entscheidend zu erhö-

10 Anregungen des Wissenschaftsrates zur Gestaltung neuer Hochschulen, vom 10.2. und 26.5.1962, in: Neuhaus, Rolf (Hrsg.): Dokumente zur Hochschulreform, Wiesbaden 1968, S. 23f.

11 Siehe neben der von mir betreuten Dissertation von Hans Stallmann (Euphorische Jahre. Gründung und Aufbau der Ruhr-Universität Bochum, Essen 2004, im Folgenden zit. als: Stallmann) die archivalischen Detailstudien von Lorenz, Jörg: Universitätsstandort im Parteienstreit. Aspekte der Gründungsgeschichte der Universität Bochum, in: Die Henne. Beiträge zur Geschichte der Ruhr-Universität Bochum, Heft 1 (2012), S. 7-20.

12 Picht, Georg: Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation, Freiburg/Breisgau, Olten 1964.

13 Dahrendorf, Ralf: Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik, Hamburg 1965.

hen. So sollte die Ruhr-Universität insbesondere das akademische Potential des bis dahin systematisch ausgeklammerten Ruhrgebietes erschließen.

Doch mit der Gründung der Ruhr-Universität waren nicht nur Absichten einer quantitativen Ausweitung der Studiermöglichkeiten und des Akademikerpotentials, sondern auch qualitative Pläne einer einschneidenden Reform der hergebrachten Universitätsstrukturen verbunden: beispielsweise die Zusammenführung von traditionell geisteswissenschaftlich ausgerichteten Universitäten und Technischen Hochschulen, die Aufteilung der unüberschaubar gewordenen und sich voneinander abschottenden herkömmlichen Fakultäten in kleinere und kooperativere Abteilungen und die Idee der räumlichen Einheit von Campusuniversitäten, in denen die Studierenden mit dem Lehrenden zusammen nicht nur lernen und lehren, sondern auch leben würden.

Diese Vorschläge wurden entwickelt und ausgeführt in der Denkschrift mit ihren „Empfehlungen zum Aufbau der Universität Bochum“, welche der von der nordrhein-westfälischen Landesregierung unter Franz Meyers (CDU) im Jahr 1961 eingesetzte Gründungsausschuss unter dem Hamburger Pädagogikprofessor und zeitweiligen Schulsenator Hans Wenke (1903-1971) im Dezember 1962 vorlegte.¹⁴ Der Ausschuss tagte bis in das Jahr 1966 hinein, in der Regel im Düsseldorfer Kultus- bzw. Innenministerium. Zu den Reformideen, die erstmals an der Ruhr-Universität verwirklicht wurden, gehörte auch der Aufbau einer eigenständigen Sozialwissenschaftlichen Abteilung. Die Denkschrift sah allerdings in dieser nur sieben Lehrstühle für Soziologie, Kulturanthropologie, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Sozialpolitik, Arbeitswissenschaft, Sozialpädagogik und Sozialpsychologie vor; die Politikwissenschaft wurde nicht erwähnt, fand sich noch nicht einmal in der Liste der mit dieser Abteilung kooperierenden Lehrstühle anderer Abteilungen.¹⁵ Für die Politikwissenschaft war vielmehr einer der drei Lehrstühle in der Abteilung für Geschichtswissenschaft vorgesehen, die den 13 histori-

14 Empfehlungen zum Aufbau der Universität Bochum. Denkschrift des Gründungsausschusses, Dezember 1962, veröff. v. Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Bochum 1962 (im Folgenden zit. als: Empfehlungen).
Siehe auch Stallmann, S. 140ff.

15 Empfehlungen, S. 34-36.

schen Lehrstühlen zugeordnet wurden. Es sollen alle drei genannt werden, damit der ästhetische Anspruch an das Fach deutlich wird: Kunstgeschichte, Musikwissenschaft und „Wissenschaft von der Politik“, so hieß das Fach in der Gründungsdenkschrift.¹⁶ Die für die Hochschuldiskussion der fünfziger Jahre charakteristische Unentschiedenheit, ob es sich bei der Politikwissenschaft in ihrer Einzahl um ein eigenständiges Fach oder in der Mehrzahl der Politischen Wissenschaften um politisch relevante Fächer handelt – in diese Auffassung floss auch die nationalsozialistische Konzeption der „politischen Wissenschaften“ ein¹⁷ – war auch in den einschlägigen Erläuterungen zur Verankerung des Faches in der Abteilung für Geschichtswissenschaft zu spüren: „Die Wissenschaft von der Politik soll nicht nur durch den Lehrstuhlinhaber dieses Faches wahrgenommen werden, weil sich die Tatbestände und Probleme der Politik nicht auf eine Disziplin konzentrieren und nicht von den Fächern abgelöst werden können, die mit dem politischen Geschehen im engsten Zusammenhang stehen. Es liegt im Interesse der Lehre, eine besondere Professur zu errichten, deren Inhaber die Verpflichtung hat, den Konnex mit anderen Wissenschaften zu suchen, deren politische Dimension offensichtlich ist. Diese Bemühung wird durch die Errichtung eines Instituts für Wissenschaft von der Politik organisatorisch gesichert, das außer dem speziellen Lehrstuhl möglichst viele Fächer verschiedener Abteilungen umgreift, die den politischen Tatbeständen und Problemen zugewandt sind (z.B. Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht, Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik, Soziologie, Neueste Geschichte).“¹⁸

Die Ambivalenz von Inhalt und Stellenwert der „Wissenschaft von der Politik“ hatte bereits die vorangegangenen Diskussionen im Bochumer Gründungsausschuss geprägt. So stellte auf dessen 6. Sitzung im März 1962 Ministerialdirektor Friedrich Schneider, der einflussreiche Generalsekretär des Wissenschaftsrates, die Frage, „ob es nicht gelingen könne, dieses Fach,

16 Ebd., S. 24.

17 Siehe Bleek, Wilhelm: Politische Wissenschaft(en), in: Elvert, Jürgen/Nielsen-Sikora, Jürgen (Hrsg.): Kulturwissenschaften und Nationalsozialismus (Historische Mitteilungen. Im Auftrage der Ranke-Gesellschaft, Bd. 72), Stuttgart 2008, S. 445-468.

18 Empfehlungen, S. 26.



1964 vor Ort: Während auf dem Campus die ersten Gebäude der Universität Bochum errichtet wurden ...

das in Deutschland weitgehend der eigenen Substanz ermangle, entsprechend dem amerikanischen Beispiel in konkrete Sachgebiete, wie etwa Staatsrecht, neueste Geschichte, Soziologie, aufzulösen.¹⁹ Die damals weit verbreiteten Vorbe-

halte gegenüber einem eigenständigen Fach Politikwissenschaft kamen auch in den Bemerkungen des Frankfurter Rechtshistorikers Helmut Coing und des Bonner Neuhistorikers Max Braubach zum Ausdruck, „dass im Grunde keine Fakultät die Wissenschaft von der Politik gern bei sich aufnimmt.“²⁰ Die Gegenposition vertrat der Pädagoge Hans Wenke als Vorsitzender des Gründungsausschusses, der ein eigenständiges Fach im Hinblick auf seine Funktion bei der Ausbildung von Sozialkundelehrern für notwendig hielt.²¹ Ihm erwiderte Ministerialdirektor Schneider auf der folgenden Sitzung am 2. April 1962 mit der Autorität des Wissenschaftsrates, dass „Wissenschaft von der Politik“ nur eine Charakterisierung einer Vielzahl von Fächern sei, die in einem entsprechenden Institut zusammenarbeiten könnten, aber keine Bezeichnung für einen eigenständigen Lehrstuhl rechtfertigen würde.²²

19 Universitätsarchiv Bochum, Sammlung Protokolle 1 (Protokolle des beratenden Gründungsausschusses für die Ruhr-Universität Bochum, im Folgenden zit. als: Protokolle Gründungsausschuss), 6. Sitzung vom 6.-8. März 1962 auf Schloss Auel, S. 4. Mit dieser Äußerung verzeichnete Schneider die Struktur der Political Science in den USA völlig (siehe Somit, Albert/Tanenhau, Joseph: *The Development of American Political Science. From Burgess to Behavioralism*, New York 1967, 2. Aufl.: 1982).

20 Protokolle Gründungsausschuss, 6. Sitzung, S. 5.

21 Ebd.

22 Ebd., 7. Sitzung, S. 9.

Der Münsteraner Philosophieprofessor Joachim Ritter pflichtete ihm bei. Auf Vorschlag des Heidelberger Historikers Werner Conze wurde zur Klärung dieser Frage eine Kommission unter Beteiligung von Ministerialdirektor Schneider eingesetzt. Schließlich einigte man sich, wie schon



... tagten im Verwaltungsgebäude der vormaligen Zeche Friederika die bis dahin berufenen Professoren unter der Leitung des Vorsitzenden des Gründungsausschusses Prof. Hans Wenke; Wenke war schon 1963 auch zum Gründungsrektor ernannt worden.

erwähnt, in den vom Gründungsausschuss im Dezember 1962 vorgelegten Empfehlungen auf den Kompromiss, für die „Wissenschaft von der Politik“ sowohl einen eigenständigen Lehrstuhl als auch ein Institut vorzusehen, die beide der Abteilung für Geschichtswissenschaft zugeordnet werden sollten.

Doch auch nach Vorlage der Denkschrift wurde im Gründungsausschuss die Diskussion über den Strukturplan der neuen Universität fortgesetzt. Im Zusammenhang mit der Gliederung der künftigen Abteilung für Sozialwissenschaft schlug der Ökonom Hans Besters, dem die Bochumer Wirtschaftswissenschaft ihr besonderes Gesicht verdankt, in der 24. Sitzung des Ausschusses am 1. Juni 1964 vor, die Wissenschaft von der Politik aus der Geschichtswissenschaft abzuziehen und in der Sozialwissenschaft als vierte Säule neben der Soziologie, der Sozialpsychologie und der Sozialpolitik zu verankern.²³ Bei dieser Gelegenheit wurde auch dem ursprünglich vorgesehenen einzigen Lehrstuhl in dem Fach ein zweiter hinzugefügt. Die Bezeichnungen dieser beiden Lehrstühle sollten zwar offiziell keine Schwerpunkte verankern, doch wurde in der Diskussion des Gründungsausschusses davon ausgegangen, dass der eine Lehrstuhl auf „Politische Theorien“ und der an-

dere auf „Politische Institutionen“ ausgerichtet sein würde. Ob hinter dieser Entwicklung der Einfluss der Lepsius-Denkschrift oder schlicht die zahlenmäßige Aufwertung der ursprünglich etwas mageren Sozialwissenschaftlichen Abteilung stand, lässt sich aus den Akten nicht beurteilen.

Die Erstberufungen

Die kontroverse Diskussion im Bochumer Gründungsausschuss über den Stellenwert der „Wissenschaft von der Politik“ führte dazu, dass dieses Fach noch nicht in der Gruppe jener Professoren vertreten war, die 1963 als erste Lehrstuhlinhaber an die Ruhr-Universität berufen wurden. Dieses Primat geht in den Bochumer Sozialwissenschaften vielmehr an den Soziologen Johannes Papalekas (1924-1996), der zuvor an der Dortmunder Sozialforschungsstelle tätig war und am 11. September 1963 den Lehrstuhl Soziologie I übernahm. Es kann davon ausgegangen werden, dass die rechtskonservativen Grundauffassungen dieses Schülers von Hans Freyer, dem Vordenker einer „Konservativen Revolution“ in der Wendezeit von der Weimarer Republik zum nationalsozialistischen Regime, und seine engen Kontakte mit dem einschlägigen Netzwerk in Westdeutschland²⁴ die Erstbesetzungen in der Bochumer Abteilung nachhaltig beeinflussten.

Im ersten Vorlesungsverzeichnis der neuen Universität für das Wintersemester 1965/66 beschränkte sich die Ankündigung politikwissenschaftlicher Veranstaltungen noch auf die Inserierung einer Vorlesung über „Philosophie der Politik“ des ebenfalls 1963 als Lehrstuhlinhaber für Philosophie an die Ruhr-Universität berufenen Hermann Lübke, der seit 1966 auch als Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Kultusministerium wesentlichen Einfluss auf den Bochumer Gründungsprozess nahm. Doch wahrscheinlich hat in diesem ersten Vollsemester der neugegründeten Universität auch schon der am 21. September 1965 auf den Lehrstuhl Politische Wissenschaft I berufene Öffentlichrechtler Roman Schnur gelehrt, doch vermutlich nicht

24 Papalekas hatte enge Kontakte nicht nur zu Hans Freyer und Arnold Gehlen, sondern auch Winfried Martini, Armin Mohler und Caspar Freiherr v. Schrenck-Notzing.

das im Vorlesungsverzeichnis unter N.N. angekündigte Kolleg über „Amerikanische Außenpolitik“ und das Seminar über „Parteien und Verbände.“

Bei der Erstellung der Berufungsliste für den ersten politikwissenschaftlichen Lehrstuhl an der Ruhr-Universität war die Berufungskommission der Sozialwissenschaftlichen und der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung, die bis zur Aufnahme des Lehrbetriebs noch eine organisatorische Einheit bildeten, von der Absicht ausgegangen, „dass der erste der beiden politologischen Lehrstühle durch einen von der Jurisprudenz kommenden Staatswissenschaftler zu besetzen“ sei.²⁵ An die erste Stelle setzte sie dabei den an der Universität Münster für Verfassungs- und Verwaltungslehre habilitierten und als Professor für Soziologie und Sozialpädagogik an der Pädagogischen Hochschule in Bielefeld lehrenden Privatdozenten Franz Ronneberger (1913-1999).²⁶ Dieser hatte Rechts- und Staatswissenschaften studiert, sich danach in der Südosteuropaforschung profiliert und 1944 an der Hochschule für Welthandel in Wien über die „Wege staatswissenschaftlicher Forschung in Südosteuropa“ erstmals habilitiert – diese Würde wurde ihm nach 1945 von der Republik Österreich aberkannt. Hatte er doch während des Großdeutschen Reiches gleichzeitig in der SS, deren Sicherheitsdienst und im Reichssicherheitshauptamt Karriere im Dienst des nationalsozialistischen Regimes gemacht. Dabei wurde er nachrichtendienstlich und publizistisch für eine entschiedene Volkstumspolitik in Südosteuropa tätig, die auch zur

25 Vorschlag zur Besetzung des 1. Lehrstuhls für „Politologie“ an der Ruhr-Universität Bochum, S. 1, in: Akten der Fakultät für Sozialwissenschaft, Personalordner Schnur 1965-1968, Rubrik Besetzungsliste.

26 Zum Folgenden siehe Heinelt, Peer: Porträt eines Schreibtischtäters. Franz Ronneberger (1913-1999), in: Duchkowitsch u.a. (Hrsg.): Die Spirale des Schweigens. Zum Umgang mit der nationalsozialistischen Zeitungswissenschaft, Wien 2004, S. 193-218; Botsch, Gideon: „Politische Wissenschaft“ im Zweiten Weltkrieg. Die „Deutschen Auslandswissenschaften“ im Einsatz 1940-1945, Paderborn 2006, S. 181ff. und öfters; Klingemann, Carsten: Franz Ronneberger. Sozialwissenschaft – Publizistik – Nachrichtendienst. Zum Verhältnis von Intelligence und Wissenschaft, in: Holtz-Bacha, Christina u.a. (Hrsg.): Fünfzig Jahre Publizistik, Wiesbaden 2006, S. 144-175.



Roman Schnur, 1966

„Lösung des Judenproblems“ die „Entjudung“ beinhaltet²⁷ – was er allerdings in seiner bundesdeutschen Karriere zu verschweigen wusste. Für die Vergabe einer Bochumer politikwissenschaftlichen Professur an Ronneberger setzte sich vor allem der mit ihm aus gemeinsamen Münsteraner Privatdozentenzeiten befreundete sozialwissenschaftliche Gründungsprofessor Papalekas ein und verwies dabei nicht nur auf dessen Nachkriegstätigkeit bei der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“, sondern vor allem auf sein 1957 erschienenes Buch über die „Verwaltung im Ruhrgebiet als Integrationsproblem“.²⁸ Doch hatte Ronneberger bereits im April 1964 einen Ruf auf einen Lehrstuhl für Politik- und Kommunikationswissenschaft an der Universi-

tät Erlangen-Nürnberg erhalten und machte sich dort in der Folgezeit einen Namen als Fachmann in der vergleichenden Kommunikationsforschung. So blieb der Ruhr-Universität ein vergangenheitspolitischer Skandal erspart.

Der Ruf auf den ersten politikwissenschaftlichen Lehrstuhl an der Ruhr-Universität ging daher an den Zweitplatzierten der Berufungsliste, den vielgebildeten Roman Schnur (1927-1996). Der gebürtige Saarländer hatte in Mainz Jurisprudenz studiert und promoviert.²⁹ Schon während des Studiums hatte Schnur Kontakt mit dem in innerer Emigration im sau-

27 Siehe Ronneberger, Franz: Beispielhaftes Judengesetz, in: *Völkischer Beobachter* vom 16. Dezember 1941.

28 Ronneberger, Franz: *Verwaltung im Ruhrgebiet als Integrationsproblem*, Stuttgart 1957.

29 Zur Biographie siehe den Nachruf von Heinrich Siedentopf in: *Archiv des öffentlichen Rechts*, Bd. 122 (1997), S. 141-144, und die Gedächtnisschrift für Roman Schnur: *Staat, Politik, Verwaltung in Europa*, hrsg. v. Rudolf Morsey, Helmut Quaritsch, Heinrich Siedentopf, Berlin 1997, dort insbesondere Thomas Oppermann, S. 5-16. Vgl. auch Stolleis, Michael: *Geschichte des öffentli-*

erländischen Plettenberg lebenden Carl Schmitt aufgenommen.³⁰ Dessen „Verfassungslehre“ (1928) hatte ihn nicht nur zu seinen ersten Schriften über den „Rheinbund von 1658 in der deutschen Verfassungsgeschichte“ (1958) und „Die französischen Juristen im konfessionellen Bürgerkrieg des 16. Jahrhunderts“ (1959), sondern auch wie viele andere zu Hobbes-Forschungen angeregt. So konstatierte der Bonner Öffentlichrechtler Ulrich Scheuner zu Recht in seinem



Carl Schmitt, 1959

Gutachten vom 19. Mai 1965 zur Bochumer Berufung von Roman Schnur, dass dessen „Grundvorstellungen [...] nicht unbeeinflusst [seien] von den Kategorien des Schmitt’schen Denkens“.³¹ 1961 habilitierte sich Schnur in Heidelberg unter der Betreuung des Schmitt-Schülers Ernst Forsthoff mit „Studien zum Begriff des Gesetzes“. Das Besondere an diesem ersten Inhaber einer Bochumer Professur für Politikwissenschaft waren aber nicht seine

chen Rechts in Deutschland, Bd. 4, Staats- und Verwaltungsrechtswissenschaft in West und Ost 1945-1990, München 2012, S. 420 und öfters.

30 Siehe van Laak, Dirk: Gespräche in der Sicherheit des Schweigens. Carl Schmitt in der politischen Geistesgeschichte der frühen Bundesrepublik, Berlin 1993, insbes. S. 281-288, und Günther, Frieder: Denken vom Staat her. Die bundesdeutsche Staatsrechtslehre zwischen Dezsision und Integration 1949-1970, München 2004, insbes. S. 149-151 (im Folgenden zit. als: Günther).

31 Brief/Gutachten von Prof. Scheuner an den Prodekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Ruhr-Universität Bochum vom 19.5.1965, S. 3, in: Akten der Fakultät für Sozialwissenschaft, Personalordner Schnur 1965-1968, Rubrik Gutachten.

von Carl Schmitt inspirierten rechtswissenschaftlichen, insbesondere rechts-historischen und ideengeschichtlichen Arbeiten mit konservativer Tendenz – dieses Merkmal teilte er mit zahlreichen Juraprofessoren der bundesdeutschen Nachkriegszeit.³²

Schnur wurde vielmehr nach Bochum berufen, weil seine bisherige Biographie auf einer Verknüpfung der Theorie und Praxis der Verwaltung beruhte. Er war 1955 in die Verwaltung des Landes Rheinland-Pfalz eingetreten, hatte zwischenzeitlich an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer gelehrt sowie geforscht und arbeitete in den Jahren vor seinem Bochumer Ruf in der Mainzer Staatskanzlei an der rheinland-pfälzischen Verwaltungsreform mit. Zusammen mit Verwaltungspraktikern wie Frido Wagener (Beigeordneter beim Landkreistag NRW), Josef Kölblle (Ministerialdirigent im Bundesinnenministerium), Eberhard Laux (Landrat a.D. und Direktor bei der Wirtschaftsberatung AG Düsseldorf) und Fritz Rietdorf (Ministerialdirigent im Landesinnenministerium), aber auch Rüdiger Altmann, einem Schmitt-Schüler, Ludwig-Erhard-Berater („Die formierte Gesellschaft“) und stellvertretenden Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages, wollte Roman Schnur an der Ruhr-Universität einen neuen verwaltungswissenschaftlich orientierten Studiengang aufbauen. Im Jahr 1966 veröffentlichte er nicht nur eine Programmschrift „Über die Notwendigkeit einer neuen Verwaltungswissenschaft“³³, sondern stellte im April dieses Jahres auch einen Antrag auf Umbenennung seines Lehrstuhls „Politische Wissenschaft“ in einen „Lehrstuhl für Verwaltungswissenschaft“.³⁴ Doch blieben diese Bemühungen um eine verwaltungswissenschaftliche Ausrichtung von Lehre und Studium der Politikwissenschaft in Bochum nicht nur im Gestrüpp der etablierten Interessen und bürokratischen Unbeweglichkeiten stecken, auch war es von Nachteil, dass der etwas egozentrische Verwaltungs-

32 Siehe Günther, insbesondere S. 112-158.

33 Mit Klaus von der Groeben und Frido Wagener, Baden-Baden 1966.

34 Siehe Schreiben des Kultusministers vom 6.4.1966 an Roman Schnur, das sich auf dessen Antrag vom 7.3.1966 bezieht, in: Akten der Fakultät für Sozialwissenschaft, Personalordner Schnur 1965-1968, Rubrik Schriftwechsel.

theoretiker Roman Schnur wenig Neigung zur praktischen Mitarbeit an der akademischen Selbstverwaltung in der Hochschule zeigte.³⁵

Die Begründung im Berufungsvorschlag zur Besetzung des ersten politikwissenschaftlichen Lehrstuhls in Bochum, Schnur habe „von Anfang an die politologische Fragestellung in den Mittelpunkt seiner Arbeiten gestellt“³⁶, war zwar etwas überzogen, doch konnte sich der gebildete Jurist darauf berufen, dass er seit 1960 zusammen mit dem Hamburger Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis im Luchterhand Verlag die renommierte Buchreihe der „Politica“ herausgab. So erschienen unter seiner Mitherausgeberschaft Anfang der sechziger Jahre so renommierte Arbeiten wie die politikwissenschaftliche Marburger Habilitationsschrift von Jürgen Habermas über den „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (1962). Doch als Hennis im folgenden Jahr auch die Aufsätze von Habermas zu „Theorie und Praxis“ in der Reihe veröffentlichen wollte, protestierte Schnur gegen das Erscheinen eines erneuten „marxistischen“ Habermas-Elaborates und legte seinen Herausgeberposten nieder.³⁷ Ausschlaggebend für diese Entzweiung zwischen Schnur und Hennis waren wohl die unüberwindbaren Gräben zwischen den Schülern von Carl Schmitt und von Rudolf Smend, zu denen sie gehörten: Die Anhänger von Carl Schmitt standen wissenschaftlich dem Leitprinzip des Dezisionismus und politisch dem autoritären Konservatismus nahe, die Schüler von Rudolf Smend setzten dessen Integrationslehre um und waren politisch zumeist liberal, wenn nicht sozialdemokratisch eingestellt.³⁸

Im Juni 1968 nahm Roman Schnur, der mit seinen interdisziplinär orientierten und konservativ ausgerichteten Interessen auch die beiden von ihm mitherausgegebenen Zeitschriften „Der Staat“ (seit 1962) und „Die Verwaltung“ (seit 1968) prägte, den Ruf auf einen Lehrstuhl für Vergleichende

35 Dieser Eindruck ergibt sich nicht nur aus den Bochumer Akten, er wird auch bestätigt von Oppermann, Thomas: Mit Roman Schnur auf einem Flur. Gemeinsame Tübinger Jahre 1972 bis 1996, in: Staat, Politik, Verwaltung in Europa. Gedächtnisschrift für Roman Schnur, hrsg. v. Rudolf Morsey, Berlin 1997, S. 5-16, hier: S. 8.

36 Vorschlag (wie Anm. 25), S. 3.

37 Schlak, Stephan: Wilhelm Hennis. Szenen einer Ideengeschichte der Bundesrepublik, München 2008, S. 76f.

38 Günther, S. 221f.

Verwaltungswissenschaft und Öffentliches Recht an der Hochschule Speyer an; 1972 erhielt er einen Lehrstuhl für Öffentliches Recht an der Universität Tübingen. Seinem juristischen Profil entsprach auch die fachliche Prägung der beiden ersten Wissenschaftlichen Assistenten in der Politikwissenschaft an der Ruhr-Universität. Raimund Beck war 1962 in Hamburg von dem Staats- und Völkerrechtler Herbert Krüger mit einer Abhandlung über „Internationalisierung von Territorien“ promoviert worden und habilitierte sich später in Bochum mit einer Arbeit über das politische System Franco-Spaniens, während Heinrich Siedenkopf 1963 in Münster den juristischen Doktorgrad erworben hatte und sich 1971 in Speyer habilitierte, wo er zwei Jahre später in der Nachfolge von Roman Schnur den Lehrstuhl für Vergleichende Verwaltungswissenschaft und Öffentliches Recht übernahm. Nach Schnurs Weggang aus Bochum hielten dort die Lehrbeauftragten Altmann, Laux und Scheerbarth die verwaltungswissenschaftliche Tradition aufrecht.

Der Grund für das Scheitern dieser frühen Ambitionen auf einen Bochumer verwaltungswissenschaftlichen Studiengang ist nicht zuletzt in der Tatsache zu suchen, dass sich das Juristenprivileg für die Besetzung der höheren Verwaltungsstellen als hartnäckiger erwies als in der Reformeuphorie der Endsechziger und beginnenden siebziger Jahre vermutet wurde. In diesem Zusammenhang sei noch eine Nachbemerkung zu Schnurs Verbindung mit dem Verfasser anzubringen, der 13 Jahre später sein Nachfolger auf dem Bochumer Lehrstuhl Politische Wissenschaft I wurde: Roman Schnur veröffentlichte 1973 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ eine Rezension, die dessen Dissertation zur Entstehung des Juristenprivilegs im höheren Verwaltungsdienst über den grünen Klee lobte.³⁹

39 Schnur, Roman: Von der Kameralausbildung zum Juristenprivileg [Besprechung des Buches von Wilhelm Bleek: Von der Kameralausbildung zum Juristenprivileg. Studium, Prüfung und Ausbildung der höheren Beamten des allgemeinen Verwaltungsdienstes in Deutschland im 18. und 19. Jahrhundert, Berlin 1973], in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. August 1973, S. 10. Siehe auch Schnur, Roman: Privileg der Juristen in der Verwaltung? Bemerkungen zu einer falsch gestellten Frage, in: Die Verwaltung, Bd. 10 (1977), S. 141-159.

Nach Roman Schnurs Dienstantritt im September 1965 machte sich die Sozialwissenschaftliche Abteilung, die mit Beginn des Lehrbetriebs an der Ruhr-Universität aus dem Verbund mit der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung ausgegliedert worden war, zügig an die Besetzung des zweiten politologischen Lehrstuhls. Auf der ersten Sitzung der Berufungskommission am 4. Oktober 1965 einigte man sich im Hinblick auf die inhaltliche Ausrichtung von Roman Schnurs Lehrstuhl auf „Politische Institutionen“ darauf, das Schwergewicht des zweiten Lehrstuhls auf „Politische Theorie“ auszurichten. Sieben Bewerber wurden ausgewählt, die man einer näheren Prüfung unterziehen wollte, darunter den Hamburger Wissenschaftlichen Rat Dietrich Hilger, den Heidelberger Privatdozenten der Neueren Geschichte Reinhart Koselleck, den in Fribourg/Schweiz ausgebildeten und an der amerikanischen University of Notre Dame lehrenden Philosophen und Sowjetologen Nicolaus Lobkowicz sowie die Öffentlichrechtler Helmut Quaritsch und Prodromos Dagtoglou, letztere beide wie Schnur der Heidelberger Forsthoff-Schule im Gefolge Carl Schmitts verbunden.⁴⁰ Einen Monat später beschloss die Berufungskommission, die mit der Fakultät⁴¹ identisch war, auf ihrer zweiten Sitzung am 19. November 1965, auf die erste Stelle der Liste Reinhart Koselleck und auf die zweite Dietrich Hilger, der seine Habilitation noch nicht abgeschlossen hatte, zu platzieren, und Lobkowicz wie Dagtoglou auf die dritte Stelle zu setzen.⁴² Doch nach diesem

40 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Berufungskommission innerhalb der Sozialwissenschaftlichen Abteilung am 4.10.1965, in: Akten der Fakultät für Sozialwissenschaft, Personalordner Koselleck 1966-1968, Rubrik Schriftverkehr.

41 „Fakultät“ war die Bezeichnung des obersten beschlussfassenden Gremiums auf Abteilungsebene. Nach Inkrafttreten der Verfassung der Ruhr-Universität Bochum von 1984, die die Bezeichnung „Fakultät“ für die bisherige Abteilung einführte, trug das entsprechende Gremium die Bezeichnung „Fakultätsrat“. Die weiter unten zitierten Ordner der „Akten der Fakultät für Sozialwissenschaft“ (namentlich die inbegriffenen Akten aus der Zeit der „Abteilung“) wurden offenbar in späterer Zeit beschriftet und tragen im Fall der Gremienunterlagen die falsche Bezeichnung „Fakultätsrat“ (anstatt Fakultät).

42 Ergebnisprotokoll der Sitzung der Berufungskommission innerhalb der Sozialwissenschaftlichen Abteilung am 19.11.1965, in: Akten der Fakultät für Sozialwissenschaft, Personalordner Koselleck 1966-1968, Rubrik Schriftverkehr.

zügigen Verfahrensverlauf setzten die Schwierigkeiten ein: Der evangelische Theologieprofessor Erich Gräßer, der als Senatsberichterstatter für diesen Berufungsvorschlag fungierte, wies am 13. Dezember 1965 auf Widersprüchlichkeiten zwischen der personellen Listenfolge und der inhaltlichen Begründung hin und monierte insbesondere, dass das sozialwissenschaftliche Profil des erstplatzierten Koselleck im Vergleich mit den anderen Kandidaten geringer sei.⁴³ Daher gab der akademische Senat die Liste am 16. Dezember 1965 zurück. Doch die Berufungskommission beharrte auf ihrer nächsten Sitzung schon zwei Tage später auf der vorgeschlagenen Liste und die Abteilung für Sozialwissenschaft monierte mit einem Schreiben ihrer Dekanin Uta Gruber vom 28. Dezember 1965 Fehler des „fachfremden Referenten“ und legte eine ziemlich kleinkariert wirkende Synopse von Richtigstellungen an dem Senatsbericht bei, die offensichtlich von Roman Schnur verfasst worden war.⁴⁴ Immerhin bewirkte die Insistenz der Abteilung, dass die Liste im Februar 1966 von der Universität verabschiedet wurde und kurz darauf der Ruf an den erstplatzierten Koselleck herausging.

Reinhart Koselleck (1923-2006) hatte sich schon in jungen Jahren als ein sehr interdisziplinär arbeitender und philosophisch inspirierter Neuzeithistoriker einen Namen gemacht.⁴⁵ Er hatte in Heidelberg unter anderem bei Alfred Weber, dem Kulturosoziologen und Vater der Heidelberger Schule der Staatswissenschaft, bei den Philosophen Gadamer und Löwith, dem Juristen Forsthoff und bei Arnold Brecht studiert, der in der Weimarer Republik als hoher Ministerialbeamter zunächst in Diensten des Reiches und dann des Landes Preußen die Republik verteidigt hatte und in der amerikanischen Emigration an der New School of Social Research endgültig zum Politikwissenschaftler geworden war. Koselleck promovierte 1954 mit dem Thema

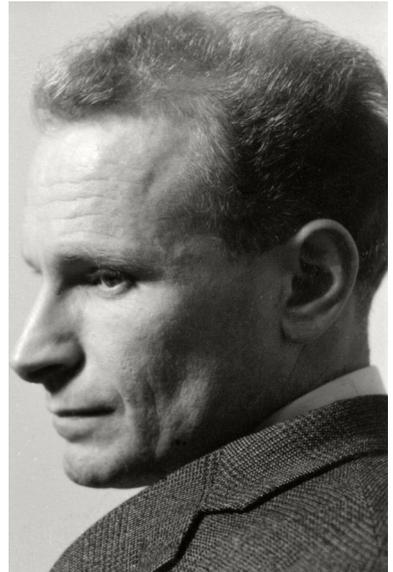
43 Bericht über den Berufungsvorschlag der Abteilung Sozialwissenschaft für den zweiten Lehrstuhl „Politische Wissenschaft“ auf der Senatssitzung am 13.12.1965, ebd.

44 Ergebnisprotokoll der 4. Sitzung der Berufungskommission innerhalb der Sozialwissenschaftlichen Abteilung am 18.12.1965, ebd.

45 Siehe Kosellecks Lebenslauf bei der Bochumer Bewerbung, in: Akten der Fakultät für Sozialwissenschaft, Personalordner Koselleck 1966-1968, Rubrik Personalalia, und Steinmetz, Willi: Nachruf auf Reinhart Koselleck (1923-2006), in: *Geschichte und Gesellschaft*, Jg. 32 (2006), S. 412-432.

„Kritik und Krise“ über den Zusammenhang zwischen der absolutistischen Staatsform und der politischen Dialektik der Aufklärung: Diese offensichtlich von der Begriffsphilosophie Carl Schmitts beeinflusste Arbeit ist 1959 veröffentlicht worden und hat Koselleck frühen Ruhm eingetragen.⁴⁶ Als Heidelberger Assistent, zuletzt bei Werner Conze, der ihn an die Sozialgeschichte heranführte, habilitierte er sich kurz vor seinem Ruf nach Bochum über „Preußen zwischen Reform und Revolution“, eine sozialgeschichtlich inspirierte Arbeit über den Wandel von Gesellschaft und Staat Preußens zwischen 1791 und 1848, die 1967 veröffentlicht wurde.⁴⁷ Doch am meisten am Herzen lag ihm die „politische Semantologie“ und noch als Heidelberger Assistent konzipierte er zusammen mit seinem Habilitationsvater Werner Conze und dem Hamburger Historiker Otto Brunner ein begriffsgeschichtliches Lexikon der Neuzeit, das seit 1972 unter dem Titel „Geschichtliche Grundbegriffe“ erschien und mit seinen acht Bänden eines der großen Werke der bundesrepublikanischen Geschichtswissenschaft der letzten Jahrzehnte ist.⁴⁸

Dass ein Bochumer Lehrstuhl der Politikwissenschaft nicht Kosellecks Lebenstraum war, kündigte sich schon in seinen Berufungsverhandlungen mit der Ruhr-Universität und dem Land Nordrhein-Westfalen an: Er erhielt einen Ruf auf den Lehrstuhl „Politologie II“, wünschte sich aber den



Reinhart Koselleck, 1966

46 Koselleck, Reinhart: Kritik und Krise – Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt, Freiburg/München 1959, 11. Aufl.: Frankfurt a. M. 2010.

47 Ders.: Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791-1848, Stuttgart 1967.

48 Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache, 8 Bde., Stuttgart 1972-1997.



Die I-Reihe der Ruhr-Universität kurz nach ihrer Eröffnung: IB (Mitte), in dem die Abteilung für Sozialwissenschaft untergebracht war, und IA sind fertiggestellt.

Zusatz „mit besonderer Berücksichtigung der neueren Geschichte“.⁴⁹ Das Ministerium befürchtete darin eine zu starke Einengung des Profils der Professur und man einigte sich auf „Politische Wissenschaft unter Berücksichtigung der neueren Geschichte“.⁵⁰ Nachdem Koselleck am 2. September 1966 seinen Dienst an der Ruhr-

Universität angetreten hatte, wurde bald deutlich, dass er zwar seine politikwissenschaftlichen Pflichten wie die Einführungsvorlesung in die „Politische Wissenschaft“ mehr oder weniger erfüllte, doch nicht nur in der Forschung, sondern auch in der Lehre primär Historiker blieb. So kündigte er für das Sommersemester 1967, in dem sein Name erstmals im Vorlesungsverzeichnis erschien, eine Vorlesung und Übung zur europäischen Verfassungsgeschichte sowie ein Seminar über die französische Enzyklopädie an.

In diesem Sommersemester 1967, weniger als ein Jahr nach seinem Dienstantritt in Bochum, erhielt Koselleck bereits einen Ruf zurück nach Heidelberg auf einen dortigen Lehrstuhl für Neuere Geschichte. An sich sind ordentliche Professoren auf drei Jahre für einen Ruf in ein anderes Bundesland gesperrt: Mit dieser föderalistischen Regelung wollen die Länder vermeiden, dass sie sich gegenseitig gar zu arg die Professoren abjagen. Doch entgegen dem heftigen Protest von Roman Schnur, der Anfang August

49 Schreiben des Kultusministers des Landes Nordrhein-Westfalen an den Rektor der Ruhr-Universität vom 10.5.1966, in: Akten der Fakultät für Sozialwissenschaft, Personalordner Koselleck 1966-1968, Rubrik Schriftverkehr.

50 So die Lehrstuhlbezeichnung im Vorlesungsverzeichnis für das Wintersemester 1966/67.

1967 als Dekan vor einem gefährlichen Präzedenzfall warnte und als Bochumer Politikwissenschaftler auf seine eigene Überlastung hinwies, erteilte am 19. September 1967 Hermann Lübke als Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Kultusministerium und Stellvertreter des Ministers seine Freigabe und wies zur Begründung nicht nur auf die Herausgabe des Lexikons „Geschichtliche Grundbegriffe“ hin, die durch die räumliche Entfernung zwischen Heidelberg und Bochum erschwert werde, sondern bezog sich auch auf die Tatsache, dass an zweiter Stelle der Heidelberger Berufsliste mit Rudolf Vierhaus ein Bochumer Historiker stand, den man unbedingt an der Ruhr-Universität halten wolle.⁵¹ Auch in diesem Freigabeschreiben des nordrhein-westfälischen Kultusministeriums schimmerte die Tatsache durch, dass sich Reinhart Koselleck offensichtlich in Bochum weder wissenschaftlich noch persönlich eingelebt hatte, und die Weisheit, dass man Reisende fahren lassen soll.

Trotz dieses Wechsels von der Bochumer Universität mit ihren Aufbau-problemen an die etablierte Heidelberger Alma Mater ist Koselleck fünf Jahre später einem Ruf an die neugegründete nordrhein-westfälische Universität in Bielefeld gefolgt und hat dort wesentlich zum Renommee der Bielefelder Schule der „Geschichtswissenschaft als Sozialwissenschaft“ beigetragen, wenn auch in einem spannungsgeladenen Verhältnis mit Hans-Ulrich Wehler, dem Kopf der Bielefelder Schule. Auch mit diesem zweiten, wenn auch kurzzeitigen Bochumer Gründungsprofessor im Fach Politikwissenschaft verbindet den Verfasser eine persönliche Anekdote: Bei der Vorbereitung auf meine Berliner Doktorarbeit über die Geschichte der Politikwissenschaft im deutschen Vormärz – daraus wurde dann die erwähnte Dissertation über die Entwicklung „Von der Kameralausbildung zum Juristenprivileg“ – bin ich 1967 auf Kosellecks soeben veröffentlichte monumentale Studie über das vormärzliche Preußen gestoßen und zu einem Gespräch mit ihm nach Bochum gefahren. Ich kann mich nur noch an die Schlammwüste um das Gebäude IB – dort waren die Geistes- und Sozialwis-

51 Schreiben des Dekans der Abteilung für Sozialwissenschaft an den Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen vom 3.8.1967 und Antwort des Kultusministeriums vom 19.9.1967, in: Akten der Fakultät für Sozialwissenschaft, Personalordner Koselleck 1966-1968, Rubrik Schriftverkehr.

senschaften anfangs untergebracht – und an Kosellecks Kommentar auf die Vorstellung meines Projekts zur Wissenschaftsgeschichte der Lehre von der Politik erinnern: „Da müssen Sie aber berücksichtigen, dass sich der Begriff der Politik vom 18. zum 20. Jahrhundert verändert hat.“ Dieser Hinweis hat mich jungen Spund damals etwas konsterniert, doch inzwischen weiß ich natürlich um die historische Wandelbarkeit von Begriffen wie der „Politik“ und habe dieser Einsicht hoffentlich auch in meiner „Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland“ Rechnung getragen.

In seinem Protestschreiben an den Kultusminister gegen die Entsperrung und den Fortgang von Reinhart Koselleck wies Roman Schnur als Dekan am 3. August 1967 abschließend darauf hin, dass wenigstens die in diesen Tagen unterbreitete Berufungsliste für den Lehrstuhl „Politik Ostasiens“ rasch bearbeitet werden solle.⁵² Dieser Lehrstuhl war ursprünglich fest in der Abteilung für Sozialwissenschaft verankert; aus dem Ostasien-Institut wurde erst Anfang 1970 eine eigenständige Abteilung für Ostasienwissenschaften. Ein „politologischer Lehrstuhl für Ost-Asien-Fragen“ innerhalb der Sozialwissenschaftlichen Abteilung war schon im Januar 1966 zu besetzen, damals wurden auf der Fakultätssitzung die Herren C. Brandt, Jürgen Domes und Gottfried-Karl Kindermann als Kandidaten genannt.⁵³ Gut ein Jahr später hieß der zu besetzende Lehrstuhl im Protokoll der Fakultätssitzung vom 10. Mai 1967 zunächst „Politische Wissenschaft III“, der Dekan Wilhelm Roeßler korrigierte eigenhändig in „Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte Ostasiens“.⁵⁴

An erster Stelle der dann verabschiedeten Berufungsliste stand der aus der politikwissenschaftlichen Münchener Schule unter Eric Voegelin kommen-

52 Schreiben des Dekans der Abteilung für Sozialwissenschaft an den Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen vom 3.8.1967, S. 3, ebd.

53 Ergebnisprotokoll der 4. Fakultätssitzung der Abteilung für Sozialwissenschaft am 12.1.1966, in: Akten der Fakultät für Sozialwissenschaft, Ordner Fakultätsrat 1.o.-26.o. 1965-1968, S. 2, TOP VIII „Lehrstühle für Ost-Asien-Fragen“.

54 Ergebnisprotokoll der 14. ordentlichen Fakultätssitzung der Abteilung für Sozialwissenschaft am 10.5.1967, ebd., S. 1, TOP IV „Bericht über die Besprechung beim Rektor betr. Prioritätenverteilung am 5. April 1967 (Besetzung des Lehrstuhls Politik Ostasiens) durch den Dekan“.

de Peter Weber-Schäfer (geboren 1935).⁵⁵ Er hatte Japanologie, Sinologie, Ethnologie und Philosophie studiert, war 1958 von Eric Voegelin mit einer japanologischen Arbeit promoviert worden und hatte sich 1966 mit einer Schrift über „Oikumene und Imperium“ habilitiert. Am 2. Mai 1968 wurde Weber-Schäfer an der Ruhr-Universität zum ordentlichen Professor für „Politische Wissenschaft unter besonderer Berücksichtigung der Politik Ostasiens“ in der Abteilung für Sozialwissenschaft ernannt. Gleich in seinem ersten Bochumer Semester entfaltete Weber-Schäfer das breite Lehrprofil, das für seine Tätigkeit an der Ruhr-Universität bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2000 charakteristisch wurde, las nicht nur Kollegs zur „Einführung in das japanische Regierungssystem“ und zur „Weltreichstheorie im alten China“, sondern übernahm auch Lehrveranstaltungen zur Politischen Theorie und Ideengeschichte. Sein Beitrag zum Kernbereich der Politikwissenschaft war auch bitter nötig, denn in seinem ersten Bochumer Semester wurden beide einschlägigen Bochumer Gründungsprofessuren vakant, da nach Koselleck auch Schnur wegberufen wurde. An dieser Doppelgleisigkeit Peter Weber-Schäfers änderte sich auch nichts, als 1970 das Ostasien-Institut zur Abteilung für Ostasienwissenschaften aufgewertet und sein Lehrstuhl dort verankert wurde, er in der Abteilung und späteren Fakultät für Sozialwissenschaft nur noch kooptiert war. Über fast drei Jahrzehnte hat Weber-Schäfer mit seinen Mitarbeitern das Bochumer Lehrangebot in der Politischen Theorie und Ideengeschichte garantiert.



Peter Weber-Schäfer, 1968

⁵⁵ Siehe die Festschrift für Peter Weber-Schäfer: Bochumer Jahrbuch zur Ostasienforschung, Bd. 23: Ostasien verstehen, 1999.



Bernard Willms, um 1966

Dieses politikwissenschaftliche Teilgebiet war allerdings trotz des frühen Weggangs von Reinhart Koselleck seit dem Ende der sechziger Jahre an der Ruhr-Universität gut vertreten, weil es außer in Peter Weber-Schäfer auch in Bernard Willms (1931-1991) einen engagierten und kompetenten Vertreter fand.⁵⁶ Dieser hatte seit 1957 in Köln und vor allem in Münster Philosophie, Soziologie und Germanistik studiert und war 1964 unter Betreuung des Philosophen Joachim Ritter und des Soziologen Helmut Schelsky mit einer Dissertation über „Die totale Freiheit. Fichtes politische Philosophie“ promoviert worden, die 1967 veröffentlicht wurde.⁵⁷ Zwischen 1965 und 1969 war Willms Wissenschaftlicher Assistent zunächst an der Dortmunder Sozi-

alforschungsstelle und dann in Münster. Anfang 1969 habilitierte er sich an der Sozialwissenschaftlichen Abteilung der Ruhr-Universität mit einer Arbeit über „Die Antwort des Leviathan – Thomas Hobbes’ politische Theorie“, die 1977 als Buch erschien.⁵⁸ Die Gegenstände der Dissertation und Habilitation markieren Willms’ beide großen Arbeitsgebiete: die politische Philosophie des deutschen Idealismus und die Hobbes-Forschung. Letztere hat er 1987 in dem Buch „Thomas Hobbes. Das Reich des Leviathan“ zusammengefasst.⁵⁹ Willms ist bei seinen Arbeiten über Hobbes, es erscheint

56 Siehe den Nachruf „Ein Idealist und Patriot. In Memoriam Bernard Willms“, in: RUB-aktuell. Zeitung der Ruhr-Universität Bochum, Nr. 133, 1. April 1991, S. 6.

57 Willms, Bernard: Die totale Freiheit. Fichtes politische Philosophie, Köln und Opladen 1967.

58 Ders.: Die Antwort des Leviathan. Thomas Hobbes’ politische Theorie (Politica, Bd. 28), Neuwied und Berlin 1970.

59 Ders.: Thomas Hobbes. Das Reich des Leviathan, München und Zürich 1987.

fast selbstverständlich, wesentlich von Carl Schmitt inspiriert worden. Sein Feld war die gesamte politische Ideengeschichte, der er auch ein damals viel benutztes Überblickswerk mit dem nicht nur für seine Interessen, sondern auch für die damalige Zeit aufschlussreichen Titel „Die politischen Ideen von Hobbes bis Ho Tschì Minh“ widmete.⁶⁰

Anderthalb Jahre nach seiner Habilitation wurde Bernard Willms an der Ruhr-Universität mit Wirkung vom 17. September 1970 zum Wissenschaftlichen Rat und Professor ernannt. Seine Hoffnung auf Übernahme des Bochumer Lehrstuhls für Internationale Politik erfüllte sich, wie noch zu schildern sein wird, 1974 nicht. Auch ein von der Abteilung für Sozialwissenschaft unterstützter Antrag auf Überleitung in die Besoldungsgruppe C4 wurde Anfang 1980 abgelehnt, weil Willms die formalen Bedingungen nicht erfüllte.⁶¹

In Lehre und Forschung konzentrierte sich Willms nicht nur auf die politische Ideengeschichte und seine beiden Heroen Hobbes und Fichte, sondern leitete daraus auch Konsequenzen für Analyse und Programmatik des geteilten Deutschland ab. Er war in den achtziger Jahren, als es keineswegs dem Mainstream der deutschen Politik und der intellektuellen Öffentlichkeit entsprach, ein glühender Verfechter nicht nur der Einheit, sondern auch der Unabhängigkeit der deutschen Nation. Akademisch-publizistisches Produkt dieser patriotischen Einstellung – Willms sprach halb scherzhaft, halb ernsthaft von sich als einem „modernen Fichte“ – war 1982 das von ihm verfasste Buch über „Die Deutsche Nation. Theorie – Lage – Zukunft“ und ab 1985 die Herausgabe eines dreibändigen Handbuchs zur deutschen Nation.⁶² Willms hat aufgrund seiner nationalbetonten Auffassungen, aber auch des Willens zur praktischen Politik Mitte der achtziger Jahre mit den rechtskonservativen Republikanern geflirtet und dadurch seine Reputation in der wissenschaftlichen Öffentlichkeit infrage gestellt. Zumal nachdem sich Rufe

60 Ders.: Die politischen Ideen von Hobbes bis Ho Tschì Minh, Stuttgart 1971.

61 Antrag des Dekans der Abteilung für Sozialwissenschaft vom 20.12.1979 und Antwort des Rektors vom 15.1.1980, in: Akten der Fakultät für Sozialwissenschaft, Personalordner Willms, Rubrik Schriftverkehr.

62 Willms, Bernard: Die deutsche Nation, Köln-Löwenich 1982; ders. (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Nation, 3 Bde., Tübingen 1986-1988.

auf ordentliche Professuren an anderen Universitäten nicht realisierten, stilisierte er sich selbst zum politischen, antiliberalen Außenseiter – und war dabei doch im Kollegenkreis sehr offen und hilfsbereit und für die Studierenden ein verständnisvoller und engagierter Hochschullehrer. Nachdem sich seine persönlichen und beruflichen Lebensträume nicht erfüllt hatten, aber auch die deutsche Vereinigung 1990 nicht unter den von ihm erwünschten Vorzeichen erreicht wurde, nahm sich Bernard Willms am 27. Februar 1991 das Leben. Seine Professorenstelle in der Bochumer Politikwissenschaft fiel danach weg.

Während die Bochumer H3-(später C3-)Professur für Politische Ideengeschichte also das Ergebnis der akademischen Karriere von Bernard Willms an der Ruhr-Universität war, entsprang die zweite einschlägige Stelle für „Deutsche Innenpolitik“ dem Versuch, die schwierige Situation nach dem frühen Fortgang der beiden Gründungsordinarien und dem Anschwellen der Bochumer Studentenzahlen zu Ende der sechziger und Beginn der siebziger Jahre zu bewältigen. So stellte die Universitätsstrukturkommission in ihrer Sitzung vom 17./19. Mai 1972 fest, dass die wachsenden Anforderungen durch den Diplom- und Lehramtsstudiengang ein politikwissenschaftliches Lehrdeputat von 170 Wochenstunden erfordern würden, von denen aber nur 52 gedeckt seien.⁶³ Daraus wurde gefolgert – und das kennzeichnete die goldenen Jahre vor dem ersten wirtschaftlichen Einbruch nach der Ölpreiskrise von 1974: „Der bestehende Engpaß kann nur durch Stellenzuwachs beseitigt werden.“

Für diese durch das Haushaltsgesetz 1972 zugewiesene neue H3-Stelle auf dem Gebiet der „Deutschen Innenpolitik“ bewarben sich zahlreiche Interessenten aus dem eigentlichen politikwissenschaftlichen Nachwuchs, nicht nur die auswärtigen Jürgen Dittberner, Karlheinz Niclauff, Heinz Rausch, Heribert Schatz und Dietrich Thränhardt, sondern auch aus dem Hause Martin Gralher, der nach seinem Heidelberger Studium bei Dolf Sternberger an der Ruhr-Universität nicht nur als Assistent eine breitgefächerte Lehr-

63 Schreiben des Vorsitzenden der Kommission für Struktur-, Planungs- und Finanzangelegenheiten Prorektor Prof. Dr. P. Meyer-Dohm vom 2.6.1972 an den Vorsitzenden des Universitätsparlaments, Herrn Dr. Martin Gralher, in: Universitätsarchiv Bochum, Kleine Sammlungen 40.

tätigkeit entfaltete, sondern auch als Vorsitzender des Universitätsparlaments aktiv war.⁶⁴ Doch die Favoriten der Professoren – inzwischen hatten Erwin Faul und Jürgen Gebhardt die Nachfolge von Roman Schnur und Reinhart Koselleck angetreten (vgl. hierzu weiter unten) – waren der Mannheimer Privatdozent Hans Boldt und der ebenfalls aus Mannheim stammende Heribert Schatz, der zum Zeitpunkt seiner Bewerbung im Bonner Kanzleramt und Innenministerium als wissenschaftlicher Berater tätig war.

Was wie ein leichtes Berufungsverfahren aussah, kam aber in die Turbulenzen des Studentenprotests an der Bochumer Abteilung für Sozialwissenschaft, die hinsichtlich der studentischen Politik weit links außen an der Gesamtuniversität stand.⁶⁵ Die Fachschaft, anfangs vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) und dem Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) angeführt, geriet Anfang der siebziger Jahre in die Hände der Zerfallsprodukte des SDS und einer Vielfalt von K-Gruppen. 1973 dominierten die Kommunistische Hochschulinitiative (KHI), die Studentenorganisation des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW), und der Kommunistische Studentenverband (KSV), der Studentenverband der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) die studentische Politik in den Bochumer Sozialwissenschaften. Neben diesen maoistischen Vereinigungen waren in der Abteilung auch der MSB Spartakus, die Studentenorganisation der 1968 gegründeten DKP, und ab Mitte der siebziger Jahre zahlreiche Gruppen der undogmatischen Linken aktiv. Alle diese studentischen Fraktionen befehdeten sich untereinander, zogen aber an einem

64 Kurzprotokoll der Sitzung der Besetzungskommission für die H3-Stelle „Deutsche Innenpolitik“ am 30.3.1973, in: Akten der Fakultät für Sozialwissenschaft, Ordner Berufungsverfahren Politische Wissenschaft/Deutsche Innenpolitik 1972-1974, Rubrik Berufungskommission.

65 Über die verwickelte studentische Politik an der Abteilung für Sozialwissenschaft hat mich Ludger Volmer aufgeklärt, der in den siebziger Jahren an der Abteilung studierte und später, nach einer von mir betreuten Promotion, als grüner Bundestagsabgeordneter von 1998-2002 Staatsminister im Auswärtigen Amt war. Wenig ergiebig zum Thema, obwohl an der Abteilung für Sozialwissenschaft angefertigt, ist die Dissertation von Rieser, Daniel: Die Studentenbewegung an der Ruhr-Universität Bochum vom Wintersemester 1965/66 bis zum Sommersemester 1971, Bochum 1973 (im Folgenden zit. als: Rieser).



Heribert Schatz, um 1973

Strang, wenn es um den Kampf gegen die Professoren und vor allem deren Berufungspolitik ging.

So erklärten die studentischen Vertreter in der Sitzung der Berufungskommission am 30. März 1973, für sie sei „die Lektüre der Bücher etwa des Bewerbers Boldt verlorene Zeit, weil Herr Boldt sich nur mit Notstandsgesetzen beschäftigt hat.“⁶⁶ In der folgenden Sitzung der Berufungskommission unter Leitung des damaligen Dekans Willms am 18. Juni 1973 favorisierte der studentische Vertreter Claudia von Braunmühl, eine Frankfurter Politikwissenschaftlerin marxistischer Richtung, die sich aber kaum mit Fragen der deutschen Innenpolitik beschäftigt hatte. Nachdem die professorale Mehrheit diese Bewerbung

aussortiert hatte, verließ der studentische Vertreter den Dekanatssitzungssaal, der bis dahin verschlossene Raum musste aufgeschlossen werden und durch 30 eindringende Studierende erfolgte „die Herstellung der Öffentlichkeit“. Das Protokoll berichtet des Weiteren von „Beschimpfungen der Hochschullehrer der Abteilung im allgemeinen und des Dekans [Bernard Willms – d. Verf.] im besonderen“.⁶⁷ Nachdem eine ordentliche Fakultätssitzung der Abteilung durch die studentische Besetzung des Dekanatssaals am

66 Kurzprotokoll der Sitzung der Besetzungskommission für die H3-Stelle „Deutsche Innenpolitik“ am 30. 3. 1973, in: Akten der Fakultät für Sozialwissenschaft, Ordner Berufungsverfahren Politische Wissenschaft/Deutsche Innenpolitik 1972-1974, Rubrik Berufungskommission. Siehe Boldt, Hans: Rechtsstaat und Ausnahmezustand. Eine Studie über den Belagerungszustand als Ausnahmezustand des bürgerlichen Rechtsstaates im 19. Jahrhundert, Berlin 1967.

67 Protokoll der 4. Sitzung der Besetzungskommission für die H3-Stelle „Politische Wissenschaft/Deutsche Innenpolitik“ am 18.6.1973 und Aktennotiz des Dekans Willms vom 19.6.1973, in: Akten der Fakultät für Sozialwissenschaft,

20. Juni 1973 verhindert worden war, wurde Ende Juni 1973 über die Liste „Deutsche Innenpolitik“ im schriftlichen Umlaufverfahren abgestimmt und die Reihenfolge Boldt und Schatz mit zwölf Ja-Stimmen bei einer Enthaltung und einer Nein-Stimme bestätigt.

Da Hans Boldt nach einem Ruf auf einen Lehrstuhl an der neugegründeten Universität in Düsseldorf absagte, ging der Ruf im Sommersemester 1974 an den zweitplatzierten Heribert Schatz. 1936 geboren, hatte dieser in Mannheim studiert, war 1966 mit einer Arbeit „Der Parlamentarische Entscheidungsprozeß“ promoviert worden (veröffentlicht 1970) und war danach als Assistent am Lehrstuhl seines Doktorvaters Rudolf Wildenmann tätig, bevor er ab 1968 in Bonn im Bundeskanzleramt und in der „Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform“ beim Bundesminister des Innern an der wissenschaftlichen Konzipierung und praktischen Umsetzung von für die große Koalition und die erste sozial-liberale Regierung unter Willy Brandt charakteristischen Reformen mitwirkte.⁶⁸ Diese Verbindung von wissenschaftlicher Theorie und empirischer Praxis kennzeichnete nicht nur seine Arbeiten auf dem Gebiet der Regierungsplanung (Politische Planung im Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, 1974), sondern später auch auf dem Gebiet der Medienpolitik (Fernsehen und Demokratie, 1981). An der Ruhr-Universität entfaltete Schatz seit 1974 eine breite Lehre auf den Gebieten des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere der Planung und Reform in Regierung und Verwaltung, doch vier Jahre später wurde er als ordentlicher Professor an die neugegründete Gesamthochschule Duisburg berufen.

In die hochschulpolitischen Turbulenzen der siebziger Jahre geriet auch der in der Gründungszeit der Ruhr-Universität verzögerte Versuch, an der Bochumer Universität entsprechend den Empfehlungen der Lepsius-Denkschrift einen Lehrstuhl für Internationale Beziehungen als der vierten politik-

Ordner Berufungsverfahren Politische Wissenschaft/Deutsche Innenpolitik 1972-1974, Rubrik Berufungskommission.

68 Siehe seine Bewerbung einschließlich Lebenslauf und Schriftenverzeichnis vom 28.12.1972, ebd., Rubrik Bewerbungsunterlagen. Vgl. auch die Festschrift für Heribert Schatz: Abromeit, Heidrun/Nieland, Jörg-Uwe/Schierl, Thomas (Hrsg.): Politik, Medien, Technik, Wiesbaden 2001.

wissenschaftlichen Säule neben dem politischen System der Bundesrepublik Deutschland, dem Vergleich der Regierungssysteme sowie der Politischen Theorie und Ideengeschichte einzurichten. Allerdings war der mit den ersten Gründungsprofessoren im September 1963 berufene Otto Kimminich (1932-1997), der in der Abteilung für Rechtswissenschaft Öffentliches Recht und insbesondere Völkerrecht lehrte, auch in der Abteilung für Sozialwissenschaft mit der Fachbezeichnung „Politische Wissenschaft – Internationale Beziehungen“ kooptiert worden.⁶⁹ Kimminich ging schon 1967 an die neugegründete bayerische Universität in Regensburg. Schließlich wurde Anfang 1972 ein Lehrstuhl für „Politische Wissenschaft (H4) mit Schwerpunkt Internationale Beziehungen“ vom Landtag in den Landeshaushaltsplan aufgenommen und im November dieses Jahres ausgeschrieben.⁷⁰ Auf diese Ausschreibung hin bewarben sich zahlreiche prominente Fachvertreter, darunter Otto-Ernst Czempiel, Helga Haftendorn, Karl Kaiser, Ekkehard Krippendorff und Gilbert Ziebura. Aber auch Bernard Willms, der 1972 ein Buch über „Entwicklung und Revolution. Grundlagen einer dialektischen Theorie der internationalen Politik“ veröffentlicht hatte und an einem Buch über „Entspannung und friedliche Koexistenz“ arbeitete, das im folgenden Jahr veröffentlicht wurde, bewarb sich – bei der Dekanatssekretärin Anne-Lore Langmann, da er der gewählte Dekan der Abteilung war!⁷¹ Die etwas merkwürdige Situation wurde erst durch Willms' Rückzug seiner Hausbewerbung in der vierten Sitzung der Berufungskommission am 20. Juni 1973 entspannt. Als Trostpflaster wurde beschlossen, dass man Willms durchaus für lehrstuhlfähig halte, doch wäre für ihn eine Stelle im Bereich der Politischen Theorie angemessener.⁷²

69 Siehe den Nachruf von Peter Badura in: Archiv des öffentlichen Rechts, Bd. 122 (1997), S. 629f.

70 Ausschreibung in „Die Zeit“ vom 24.11.1972.

71 Brief von Prof. Dr. Bernard Willms an Frau Assessor Langmann vom 8.5.1973, in: Akten der Fakultät für Sozialwissenschaft, Ordner Berufungsverfahren Politische Wissenschaft/Internationale Politik, 1. Ausschreibung 1972-1975, Rubrik Bewerbungsunterlagen.

72 Protokoll der 4. Sitzung der Berufungskommission für die H4-Stelle „Politische Wissenschaft – Schwerpunkt Internationale Politik“ am 20.6.1973, S. 2, in: Akten der Fakultät für Sozialwissenschaft, Ordner Berufungsverfahren Politische

In dieser Sitzung kam es erneut zu einer turbulenten Auseinandersetzung mit dem studentischen Vertreter und der sogenannten studentischen Öffentlichkeit. Anlass war die Bewerbung von Ekkehart Krippendorff, der sich in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre als Wortführer der Westberliner Assistentenrevolution exponiert hatte.⁷³ Während die Bochumer Studentenvertreter ihn zu ihrem Favoriten erkoren, unterstellte ihm die Mehrheit der Professoren marxistische Positionen. Erneut kam es zur Sprengung der Berufungskommission, auch als sie beim zweiten Anlauf im Senatssitzungssaal tagte.⁷⁴ Der Kommunistische Studentenverband hatte zu dieser Störung seine Anhänger aus der gesamten Universität mobilisiert, gegen die auch die Anwesenheit des Rektors und des Kanzlers nichts half. Daher wurde auch diese Liste im schriftlichen Umlaufverfahren verabschiedet. Mit zwölf Ja-, drei Nein-Stimmen und einer Enthaltung wurden Czempiel und Ziebura an die erste Stelle gesetzt, Helga Haftendorn an die zweite und Kaiser wegen der Bedenken im Hinblick auf seine Arbeitsauslastung durch die Leitung des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik an die dritte Stelle.⁷⁵ Doch bald danach wurden Czempiel nach Frankfurt und Ziebura nach Konstanz berufen; Helga Haftendorn sagte im März 1975 mit Verweis auf ihre Verpflichtungen beim Aufbau der Bundeswehrhochschule in Hamburg und familiäre Gründe den Bochumer Ruf ab und damit war die

Wissenschaft/Internationale Politik, 1. Ausschreibung 1972-1975, Rubrik Berufungskommission.

73 Vgl. die Festschrift für Ekkehart Krippendorff: Für eine lebendige Wissenschaft des Politischen, hrsg. v. Thomas Greven und Oliver Jarasch, Frankfurt a. M. 1999.

74 Siehe den Bericht des Dekans Willms „über die Mitwirkung der Studenten bei den Berufungs- und Besetzungsverfahren an der Abteilung für Sozialwissenschaft im Sommersemester 1973“ vom 22.6.1973, in: Akten der Fakultät für Sozialwissenschaft, Ordner Störungen 1970 - SS 1973.

75 Siehe den Berufungsvorschlag der Abteilung für Sozialwissenschaft an den Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 22.6.1973 einschließlich der vergleichenden Gutachten von Karl W. Deutsch, Richard Löwenthal und Hans-Peter Schwarz, in: Akten der Fakultät für Sozialwissenschaft, Ordner Berufungsverfahren Politische Wissenschaft/Internationale Politik, 1. Ausschreibung 1972-1975, Rubrik Besetzungsliste.

Liste „geplatzt“, da man Karl Kaiser wegen seiner Bonner Verpflichtungen nicht berufen wollte.

Auf die erneute Ausschreibung des Bochumer Lehrstuhls für Internationale Politik im Mai 1975 hin kamen als Bewerber in die engere Wahl: Erhard Forndran von der PH Rheinland in Neuss, Gustav Schmidt von der Universität Münster, Erich Weede aus Mannheim – und Bernard Willms aus dem Hause. Obwohl Willms als ein origineller Denker von Graf von Baudissin, dem Direktor des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, in seinem auswärtigen Gutachten bevorzugt wurde⁷⁶, zog er doch auf der Sitzung der Berufungskommission am 12. Januar 1976 seine Bewerbung wieder zurück, auch weil ihn seine Kollegen in der Politikwissenschaft nicht unterstützten.⁷⁷ So verabschiedete die Abteilung eine Liste mit der Reihenfolge Forndran, Schmidt und Weede. Nachdem Forndran, der an der Ruhr-Universität seit dem Sommersemester 1975 bereits eine Lehrstuhlvertretung wahrnahm, auch einen Ruf nach Braunschweig erhielt und akzeptierte, ging der Ruf an Gustav Schmidt, der ihn kurzfristig annahm. Damit war der Bochumer politikwissenschaftliche Lehrstuhl für „Internationale Beziehungen“ fast fünf Jahre nach seiner Ausschreibung endlich besetzt.

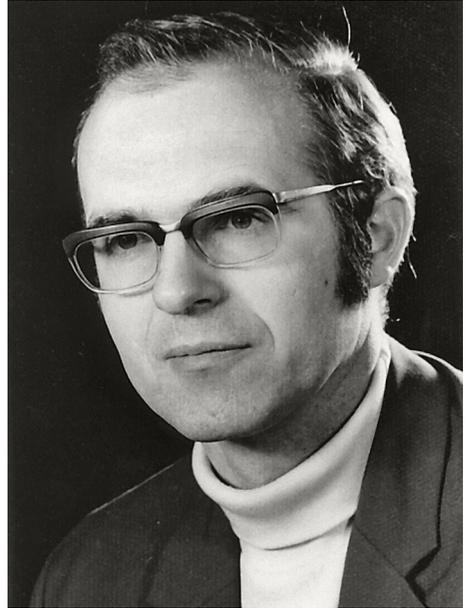
Gustav Schmidt (geboren 1939) ist von der Ausbildung her Historiker.⁷⁸ Er ist 1963 an der Freien Universität Berlin mit einer ideengeschichtlichen Arbeit über den deutschen Historismus und den Übergang zur parlamentarischen Demokratie promoviert worden und hat sich 1971 in Münster über „Politische Tradition und wirtschaftliche Faktoren in der britischen

76 Schreiben von Wolf Graf von Baudissin, Direktor des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, an den Dekan der Abteilung für Sozialwissenschaft vom 6.1.1976, ebd., 2. Ausschreibung 1975-1977, Rubrik Gutachten.

77 Protokoll der 5. Sitzung der Berufungskommission für die H4-Stelle „Politische Wissenschaft – Schwerpunkt Internationale Politik“ am 12.1.1976, S. 2, ebd., Rubrik Berufungskommission.

78 Siehe die Festschrift für Gustav Schmidt: Deutschland, Großbritannien, Amerika. Politik, Gesellschaft und Internationale Geschichte im 20. Jahrhundert, hrsg. v. Ursula Lehmkuhl, Clemens A. Wurm und Hubert Zimmermann, unter Mitarbeit von Petra Dolata-Kreutzkamp, Stuttgart 2003.

Friedensstrategie 1917-1919“ habilitiert. Bald darauf erhielt er in Münster eine H3-Professur für „Geschichte der Internationalen Beziehungen“. Da er in seinen Arbeiten zunächst auf dem Gebiet der Parlamentarismusgeschichte und dann der internationalen Politik geschichts- und politikwissenschaftliche Vorgehensweisen verband und schon die Bochumer Berufungskommission seine große Gelehrsamkeit herausstellte, ging man davon aus, dass er keinerlei Schwierigkeiten bei der Anpassung an sein verändertes Lehrgebiet haben würde. Gustav Schmidt ist nach langjähriger Lehr- und insbesondere Forschungstätigkeit 2003 an der Ruhr-Universität emeritiert worden.



Gustav Schmidt, um 1975

Frühe Wiederbesetzungen

Mit dem Dienstbeginn von Gustav Schmidt an der Ruhr-Universität zum 1. Dezember 1976 ging die Gründungsphase der Politikwissenschaft in Bochum zu Ende: Alle von der Lepsius-Denkschrift für das Fach und seinen sinnvollen Lehr- und Forschungsbetrieb als notwendig erachteten Professuren waren errichtet und besetzt. In der Zwischenzeit allerdings waren die beiden zuerst besetzten Professuren schon längst wieder vakant und neu besetzt worden.⁷⁹

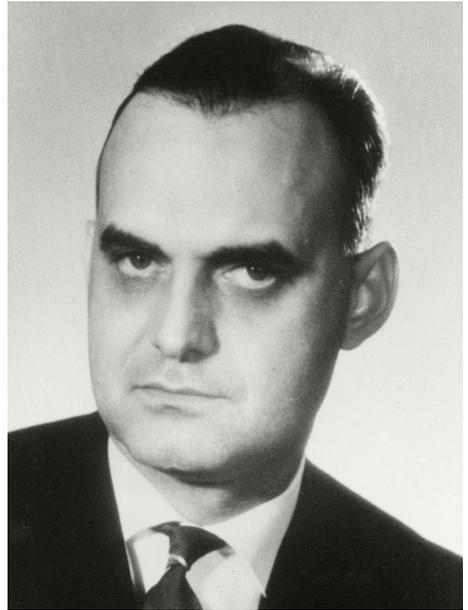
⁷⁹ Die folgende Darstellung beruht vor allem auf den Protokollen der Berufungskommissionen in den Akten der Fakultät für Sozialwissenschaft, Ordner Berufungsverfahren LS Pol. Wissenschaft I und II sowie den Personalordnern „Faul“ und „Gebhardt“. Diese Unterlagen wurden für den Zeitraum bis zum Oktober 1969 auch von einem studentischen „Wohlfahrtsausschuß“ veröffentlicht: Berufungspolitik an einer westdeutschen Universität – eine Dokumentation – aufge-

Nachdem Reinhart Koselleck zum Sommersemester 1968 an die Heidelberger Universität gegangen war, konstituierte die Bochumer Abteilung für Sozialwissenschaft eine Berufungskommission für die Wiederbesetzung des Lehrstuhls Politische Wissenschaft II, anfangs für das breite Lehr- und Forschungsgebiet der „Vergleichenden Regierungslehre und Außenpolitik“. Daher wurde zunächst eine Vielzahl von Kandidaten sowohl auf dem Gebiet der vergleichenden Politikwissenschaft als auch der Analyse internationaler Beziehungen in Erwägung gezogen. Die Erstplatzierung schien wieder auf Franz Ronneberger zuzulaufen, für den sich insbesondere Professor Besters als Interessenvertreter der Abteilung für Wirtschaftswissenschaft einsetzte, doch vermutlich wurde Ronneberger erneut auch von Johannes Papalekas favorisiert. Letzterer brachte auch Rüdiger Altmann ins Gespräch, den stellvertretenden Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages, der als Berater von Bundeskanzler Ludwig Erhard („Die formierte Gesellschaft“) bekannt wurde. Altmann war zwar von dem marxistischen Wolfgang Abendroth in Marburg promoviert worden, stand aber den Gedanken von Carl Schmitt nahe und war von Roman Schnur als Lehrbeauftragter an die Bochumer Abteilung geholt worden. Am 10. Juli 1968 beschloss die Berufungskommission überraschend auf ihrer dritten Sitzung mit jeweils knapper Mehrheit, sowohl Franz Ronneberger als auch Gerhard Lehmbruch nicht zu berücksichtigen und für die zu erstellende Liste lediglich Winfried Dallmayr, Günther Doeker und Dieter Grosser vorzuschlagen. Doch schon eine Stunde später wurde auf der Fakultätssitzung diese Liste wieder an die Berufungskommission zurückgegeben und beschlossen, zunächst Franz Ronneberger um eine Lehrstuhlvertretung zu bitten – sicherlich mit der Aussicht auf eine Berufung (Vertretung „in spe“). Ronneberger teilte telefonisch mit, dass er zwar die Lehrstuhlvertretung nicht übernehmen könne, aber an einem Ruf an die Ruhr-Universität sehr interessiert sei. Am 30. August sprach sich die Berufungskommission dann mit großer Mehrheit für eine Liste mit Ronneberger an erster Stelle aus, wobei zu berücksichti-

zeigt am Beispiel der sozialwissenschaftlichen Abteilung an der Ruhr-Universität Bochum, eingeleitet und herausgegeben vom Wohlfahrtsausschuß, Oktober 1970 (recte: 1969), in: Universitätsarchiv Bochum, Kleine Sammlungen 40 (im Folgenden zit. als: Wohlfahrtsausschuß).

gen ist, dass wahrscheinliche Gegenredner wie Peter Weber-Schäfer, der Soziologe Urs Jaeggi und der Neuzeithistoriker Hans Mommsen ferienbedingt fehlten.⁸⁰

Doch mit Beginn des Wintersemesters 1968/69 begann man praktisch wieder von vorne mit der Kandidatensuche, weil inzwischen auch der Lehrstuhl Politische Wissenschaft I durch den Weggang von Roman Schnur freigeworden war. Seit November 1969 wurde die Wiederbesetzung beider politikwissenschaftlichen Lehrstühle von einem gemeinsamen Berufungsausschuss verfolgt. Während Ronneberger, dessen politikwissenschaftliche Qualifikation von den meisten auswärtigen Gutachten bezweifelt wurde und dessen Berufung auch im Akademischen Senat der



Johannes Papalekas, 1963

Ruhr-Universität auf erhebliche Widerstände stieß, sowie sein Erlanger Kollege Waldemar Besson zu erkennen gaben, dass sie einem Ruf nach Bochum nicht folgen würden, diskutierte man zunächst für die beiden Lehrstühle an die 30 Kandidaten aus dem Inland und angelsächsischen Ausland.

Die Bemühungen um die Wiederbesetzung der beiden politikwissenschaftlichen Gründungslehrstühle wurden in der Folgezeit durch den Ende 1968 an der Abteilung für Sozialwissenschaft ausbrechenden dramatischen Konflikt zwischen dem inzwischen zum Dekan aufgerückten Soziologen Papalekas und sich radikalisierenden Studentengruppen noch erschwert. Auch an der Ruhr-Universität war seit 1967 im Gefolge des Protestes gegen die bundesdeutsche Notstandsgesetzgebung und den amerikanischen Vietnamkrieg nach dem Vorbild der Freien Universität Berlin eine linke Studentenbewegung aktiv geworden, die sich universitätsintern für die De-

⁸⁰ Akten der Fakultät für Sozialwissenschaft, Ordner Berufungsverfahren LS Pol. Wissenschaft I und II und: Wohlfahrtsausschuß, S. 101-110.

mokratisierung der akademischen Gremien einsetzte und gegen die autoritäre Ordinarienherrschaft agitierte.⁸¹ An der Abteilung für Sozialwissenschaft kam es im Zusammenhang mit der Berufung des von Carl Schmitt inspirierten Soziologen und Gehlen-Assistenten Hanno Kesting im November 1967 erstmals zu Störungen von Lehrveranstaltungen und Besetzungen des Dekanats durch studentische Gruppen. Deren Antipathie richtete sich besonders gegen den rechtskonservativen Papalekas, den man als „Faschisten“ denunzierte und dem Verbindungen zu dem im April 1967 in Griechenland an die Macht gekommenen Obristenregime vorgehalten wurden: Papalekas erhielt 1969 einen Ruf an die Universität Athen, den er aber ablehnte. Als Papalekas am 21. August 1968 an der Abteilung das Amt des Dekans übernahm, begann der studentische Unmut überzukochen, fand sein Ventil vor allem in Störungen der von ihm geleiteten politikwissenschaftlichen Berufungsverfahren.

In der letzten Sitzung im Wintersemester 1968/69 einigte sich die Berufungskommission am 14. Februar 1969 auf eine Liste von elf Kandidaten für den Lehrstuhl Politische Wissenschaft I und acht für den Lehrstuhl Politische Wissenschaft II, die zu Gastvorträgen eingeladen und zu denen Gutachten eingeholt werden sollten. Gegen Ende des Sommersemesters 1969 gelang es der Kommission dann, zwei Listen für die beiden Lehrstühle zusammenzustellen.⁸² Für den ersten, auch weiterhin auf die Institutionenlehre ausgerichteten Lehrstuhl wurden die Privatdozenten Arnulf Baring von der Freien Universität Berlin, Erwin Faul aus Heidelberg und Werner Kaltefleiter von der Universität Köln empfohlen, während für den zweiten, der Vergleichenden Regierungslehre gewidmeten Lehrstuhl die beiden Privatdozenten Gerhard Lehbruch (Tübingen) und Jürgen Gebhardt (Ludwig-Maximilians-Universität München) sowie Professor Karl Kaiser

81 Siehe die Dissertation von Rieser. Wertvolle Hinweise zur studentischen Politik an der Abteilung für Sozialwissenschaft im Jahr 1968/69 verdanke ich einer Email von Guido Boulboulé (heute Universität Bremen) vom 14. Januar 2013.

82 Ergebnisprotokoll der Sitzung des Berufungsausschusses für die Besetzung der Lehrstühle Politische Wissenschaft I und Politische Wissenschaft II am 25. Juni 1969, in: Akten der Fakultät für Sozialwissenschaft, Ordner Berufungsverfahren LS Pol. Wissenschaft I und II und: Wohlfahrtsausschuß, S. 127.

(Bonn) vorgeschlagen wurden. Als eine Woche später diese beiden Listen von der außerordentlichen Fakultätssitzung am 2. Juli 1969 verabschiedet werden sollten, wurde der Sitzungssaal schon nach zehn Minuten durch 30 Studenten, die von den beiden Vertretern der Fachschaft (Guido Boulboullé und Rainer Duhm) angeführt wurden, besetzt. Immerhin gelang es dem Dekan, noch die vorgeschlagene Liste für den ersten politikwissenschaftlichen Lehrstuhl zu verabschieden, bevor er die Sitzung schloss.⁸³ In dem anschließenden Getümmel entwendeten Studenten dem Dekanatsassistenten die Ordner mit allen Unterlagen der Berufungsverfahren, die vertraulichen Ergebnisprotokolle der Berufungskommissionssitzungen, die Lebensläufe und Schriftenverzeichnisse der Kandidaten sowie die Gutachten.⁸⁴ Anschließend „besuchten“ die Studenten Papalekas an seinem Lehrstuhl und entwendeten weitere Briefe und Aktenordner aus seinem Dienstzimmer. Auf diesen „erbeuteten“ Dokumenten beruhte im Oktober 1969 die Veröffentlichung von Unterlagen zu den politikwissenschaftlichen Berufungsverfahren durch einen studentischen „Wohlfahrtsausschuß“.⁸⁵ Hinter diesem informellen Grüppchen verbarg sich ein konspirativer Zusammenschluss von linken Studierenden der Abteilung, die sich mit diesem Namen nicht nur jakobinisch-revolutionär gaben, sondern sich auch gegen gerichtliche



Deckblatt der durch den „Wohlfahrtsausschuß“ veröffentlichten Unterlagen

83 Ergebnisprotokoll der außerordentlichen Fakultätssitzung der Abteilung für Sozialwissenschaft am 2. Juli 1969, in: Akten der Fakultät für Sozialwissenschaft, Ordner „Fakultätsratssitzungen“ und: Wohlfahrtsausschuß, S. 129.

84 Aktennotiz des Dekanatsassistenten H. Dorpmund vom 2. Juli 1969, in: Akten der Fakultät für Sozialwissenschaft, Ordner Fakultätsratssitzungen.

85 Siehe oben, Anm. 79.



Erwin Faul, 1970

Verfolgung durch rechte Professoren sichern wollten. Rektor Hans Faillard sah sich Anfang November 1969 veranlasst, nicht nur eine einstweilige Verfügung gegen den weiteren Vertrieb der Dokumentation durch die Studentenschaft zu erwirken, sondern auch den Gutachtern in den Berufungsverfahren sein Bedauern über den Bruch des Vertraulichkeitsprinzips mitzuteilen.⁸⁶

Trotz dieser dramatischen Begleitumstände gelang es, auf der Grundlage der von der Abteilung und dann dem Senat verabschiedeten Liste den Lehrstuhl Politische Wissenschaft I nach wenigen Monaten wiederzubesetzen. Da Arnulf Baring als der Erstplatzierte im Herbst 1969 in der Nachfolge Ernst Fraenkels den Lehrstuhl für Vergleichende Theorie und Geschichte der Herrschaftssysteme an der Freien Universität übernommen hatte, ging der Ruf im Oktober 1969 an den Zweitplatzierten, Erwin Faul, der ihn zum Sommersemester 1970 annahm. Dieser kam aus der Heidelberger Schule Dolf Sternbergers und hatte sich dessen Vorbild folgend sowohl in der Parlamentarismus- und Wahlforschung als auch in der politischen Ideengeschichte profiliert. Er war im Gegensatz zu seinem Vorgänger Schnur ein waschechter Politikwissenschaftler, brachte vor allem die von ihm verantwortete Redaktion des Fachorgans der „Politischen Vierteljahresschrift“ mit nach Bochum.⁸⁷

Länger dauerte die Wiederbesetzung des Lehrstuhls Politische Wissenschaft II, wohl auch wegen Unstimmigkeiten zwischen der Abteilung auf der einen und dem Rektorat und Ministerium auf der anderen Seite über eine

86 Akten der Fakultät für Sozialwissenschaft, Ordner Berufungsverfahren LS Pol. Wissenschaft I und II.

87 Siehe Erwin Fauls Bericht nach Ausscheiden aus der Redaktion: Politikwissenschaft im westlichen Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift, Bd. 20 (1979), S. 71-103.

neue sozialwissenschaftliche Prüfungs- und Studienordnung. Am 13. Mai 1970 beschloss die Fakultät der Abteilung mehrheitlich bei einer Gegenstimme die Liste: 1. Prof. Dr. Baring (FU Berlin), 2. Priv.-Doz. Dr. Gebhardt (München), 3. Dr. Lehmbbruch (Heidelberg).⁸⁸ Arnulf Baring erhielt den Ruf und verhandelte intensiv mit der Ruhr-Universität und dem Ministerium über eine beträchtliche Ausstattung des Bochumer Lehrstuhls insbesondere mit Büchermitteln, da die angelsächsischen Regierungssysteme im Gegensatz zu Frankreich in der Bibliothek von den Erstberufenen kaum berücksichtigt worden waren. Offensichtlich strebte der damalige Sozialdemokrat Baring, der die neue Deutschland- und Ostpolitik Bundeskanzler Willy Brandts auch



Jürgen Gebhardt, 1971

publizistisch unterstützte, aus der unruhigen Atmosphäre Westberlins fort. Doch schließlich sagte er am 28. April 1971 den Bochumer Ruf ab, gab dabei nicht nur familiäre Gründe an, sondern verwies auch auf seine Skepsis gegenüber nordrhein-westfälischen Bemühungen um eine Hochschulreform nach Westberliner Vorbild.⁸⁹ Der Ruf ging wenige Wochen später an Jürgen Gebhardt als den Zweitplatzierten, der schon seit dem Wintersemester 1969/70 die Vertretung des Lehrstuhls wahrgenommen hatte. Gebhardt konnte am 24. Oktober 1971, nach dreijähriger Vakanz des Lehrstuhls Politische Wissenschaft II, zu dessen neuen Inhaber ernannt werden. Zusätzlich zur vergleichenden Politik, für die sich Gebhardt vor allem durch seine Habilitationsschrift über das ideologische Grundprofil der Vereinigten Staa-

⁸⁸ Akten der Fakultät für Sozialwissenschaft, Ordner Fakultätsratssitzungen.

⁸⁹ Brief von Prof. Dr. Arnulf Baring an Prof. Dr. Herder-Dorneich, Dekan der Abteilung für Sozialwissenschaft, vom 28. April 1971, in: Akten der Fakultät für Sozialwissenschaft, Ordner Berufungsverfahren LS Pol. Wissenschaft I und II, Rubrik Schriftverkehr.

ten⁹⁰ profiliert hatte, brachte er als Schüler Eric Voegelins auch eine starke Ausrichtung an den Klassikern des politischen Denkens mit, trug vor allem durch seine ausgleichende Persönlichkeit zur Beruhigung der Bochumer Verhältnisse in der Politik- und allgemein in der Sozialwissenschaft bei.⁹¹ Mitte der siebziger Jahre war damit die Bochumer Politikwissenschaft nach ihren merkwürdigen Anfangsjahren und den nachfolgenden unruhigen Vakanzjahren auch fachlich voll etabliert.

Ausblick

Doch 1977 wurde Erwin Faul das Anwachsen der Bochumer Studierendenzahlen zu viel, er zog sich in das idyllischere Trier zurück. Seine Nachfolge gelang erst vier Jahre später, nachdem eine erste Liste erschöpft war: Wilhelm Bleek wurde zum 1. Dezember 1981 als frisch gebackener Münchener Privatdozent von der Spitze der zweiten Liste auf einen Lehrstuhl berufen, der durch die Widmung „Regierungssysteme in Deutschland“ neben der Bundesrepublik Deutschland auch die DDR berücksichtigte. Nach Bleeks Emeritierung hat 2005 Thomas Poguntke und nach dessen Ruf nach Düsseldorf 2011 Britta Rheder den Lehrstuhl „Politisches System Deutschlands“ übernommen.

Jürgen Gebhardt, der auch weiterhin seinen Wohnsitz in Ottobrunn bei München hatte und nach Bochum wie viele seiner Kollegen pendelte, folgte 1978 einem Ruf nach Erlangen. Damit waren die beiden Lehrstühle Politische Wissenschaft I und II wieder für drei Jahre unbesetzt, doch Gustav Schmidt, Bernard Willms, Heribert Schatz und in dessen Nachfolge Uwe Andersen konnten die politikwissenschaftliche Präsenz in den Sozialwissenschaften sichern. Zum Sommersemester 1981 übernahm Franz Lehner den

90 Veröffentlicht als Gebhardt, Jürgen: Die Krise des Amerikanismus. Revolutionäre Ordnung und gesellschaftliches Selbstverständnis in der amerikanischen Republik, Stuttgart 1976.

91 Siehe die Jürgen Gebhardt gewidmete Festschrift: Politik und Politea. Formen und Probleme politischer Ordnung, hrsg. v. Wolfgang Leidhold, Würzburg 2000.

Lehrstuhl Politische Wissenschaft II und fügte durch sein von der Schule Rudolf Wildenmanns geprägtes Forschungsprofil der Vergleichenden Regierungslehre die Politikfeldanalyse hinzu. Lehnerts Nachfolger kam ebenfalls aus dem Mannheimer Stall: Ulrich Widmaier (1944-2008) nahm, als Lehner 1989 Präsident des Landesinstituts für Arbeit und Technik in Gelsenkirchen wurde, zunächst eine Vertretung wahr, bis er 1996 auf den freigewordenen Lehrstuhl berufen werden konnte.⁹² Widmaier musste 2007 aus Krankheitsgründen in den vorzeitigen Ruhestand gehen; sein Nachfolger wurde Rainer Eising, der sich insbesondere in der EU-Forschung profiliert hat. Auf Gustav Schmidt, der 2003 emeritiert wurde, folgte ein Jahr später Stefan Schirm, der sich insbesondere mit aktuellen Fragen der Globalisierung auseinandersetzt. Die Nachfolge von Heribert Schatz auf der inzwischen zur C3-Stelle umfirmierten Professur für „Deutsche Innenpolitik“ trat 1979 Uwe Andersen an und gab ihr durch sein Schwergewicht auf Fragen der Wirtschaftspolitik einen besonderen Zuschnitt. Ihm folgte 2005 Jörg Bogumil, der die kommunalpolitische Ausrichtung der Professur fortsetzt und die alte Bochumer Tradition der Verwaltungswissenschaft wieder aufgenommen hat.⁹³ Dass die Stelle von Bernard Willms 1991 nicht wieder besetzt worden ist, wurde erwähnt. Durch die Emeritierung von Peter Weber-Schäfer im Jahr 2000 wurde die Lehre der Politischen Ideen abermals getroffen, denn seine Nachfolger in der Fakultät für Ostasienwissenschaften haben keine Verbindung zur Fakultät für Sozialwissenschaft.

Fazit

Als erstes Fazit lässt sich konstatieren, dass sich die personelle Vertretung der Politikwissenschaft in Bochum nach einer Anfangsphase des häufigen Wechsels, in der die Ruhr-Universität für viele Wissenschaftler nur eine Durch-

92 Siehe die Festschrift für Ulrich Widmaier: Bandelow, Nils C./Bleek, Wilhelm (Hrsg.): Einzelinteressen und kollektives Handeln in modernen Demokratien, Wiesbaden 2007.

93 Siehe Bogumil, Jörg/Jann, Werner: Verwaltung und Verwaltungswissenschaft in Deutschland. Einführung in die Verwaltungswissenschaft, Wiesbaden 2005.

gangsstation zu Lehrstühlen an älteren und renommierteren Hochschulen war, stabilisiert hat. Das hing sicherlich auch mit dem seit den achtziger Jahren drastisch veränderten, sprich: eingebrochenen Berufsmarkt für Professoren zusammen, aber auch mit der Konsolidierung der Bochumer Universität, die inzwischen schon ihr fünfzigjähriges Jubiläum ins Auge fasst.

Als zweites, mehr inhaltliches Fazit lässt sich feststellen, dass bei der Erstausstattung der Ruhr-Universität mit Politikwissenschaftlern überwiegend junge Privatdozenten aus Nachbardisziplinen wie dem Öffentlichen Recht und der Neueren Geschichte zum Zuge kamen. Dieses an den älteren deutschen Hochschulen nur in den fünfziger Jahren zu beobachtende Phänomen konnte mit dem Gründungsanspruch der Ruhr-Universität auf Herstellung größerer Interdisziplinarität, nicht zuletzt durch den Übergang von Fakultäts- zu Fachbereichsstrukturen, legitimiert werden. Doch ist diese Tendenz zur Nichtberücksichtigung des facheigenen Nachwuchses wohl eher auf die Tatsache zurückzuführen, dass es im Gründungsausschuss und in der sozialwissenschaftlichen Gründungsprofessorenenschaft weder einen Politikwissenschaftler noch einen mit diesem Fach besonders vertrauten Gelehrten gab. Nachdem die auf die beiden ersten Bochumer Lehrstühle der Politikwissenschaft berufenen Professoren diese lediglich als Sprungbrett in ihr eigentliches Fach benutzt haben, hat sich die Rekrutierungspolitik bei den Nachfolgerufen normalisiert, sind junge Wissenschaftler aus dem Fach zum Zuge gekommen. Und inzwischen wird man in Bochum als Hochschullehrer, wie man sieht, auch alt.

Damit hängt ein drittes Fazit zusammen: Es fällt auf, dass bei den Bochumer Erstbesetzungen die in der bundesdeutschen Politikwissenschaft in den sechziger Jahren dominierenden Schulen und Habilitationsstätten Berlin und Freiburg völlig außen vor blieben, lediglich München mit Weber-Schäfer berücksichtigt wurde.⁹⁴ (Allerdings ist im Mai 1965 noch vor der Eröffnung des Lehrbetriebs von den damals gemeinsam tagenden Wirtschaftswissenschaftlichen und Sozialwissenschaftlichen Abteilungen erörtert worden, das Arnold-Bergstraesser-Institut mit seinen Schwerpunkten

94 Siehe Bleek, Wilhelm/Lietzmann, Hans J. (Hrsg.): Schulen der deutschen Politikwissenschaft, Opladen 1999.

auf der kulturwissenschaftlichen Forschung und der Entwicklungspolitik in toto unter Dieter Oberndörfer von Freiburg nach Bochum zu bringen, doch wurde diese Abwerbung vom Gründungsausschuss im Mai 1965 als „unanständig“ verworfen.⁹⁵)

Das Vorhaben, an der neugegründeten Ruhr-Universität unter der ideellen Leitfigur Carl Schmitt eine politikwissenschaftliche Bochumer Schule juristischer und konservativer Prägung zu etablieren, scheiterte schon nach wenigen Jahren. Es trug der Universität bereits 1965, im Gründungsjahr, Kritik aus dem Mainstream der damaligen Politikwissenschaft ein. Christian Graf von Krockow, Lehrstuhlinhaber der Politikwissenschaft in Saarbrücken, veröffentlichte in der Politischen Vierteljahresschrift einen Aufsatz über die „deutsche Alternative“ mit dem Titel „Staatsideologie oder demokratisches Bewußtsein“.⁹⁶ In seinen Augen prägte die seit 1962 erscheinende Zeitschrift „Der Staat“, deren geschäftsführender Redakteur Roman Schnur bis 1977 war, eine autoritäre Staatsgesinnung, die von Krockow auf exemplarische Weise mit den Namen von Reinhart Koselleck, Roman Schnur und Bernhard Willms verknüpft sah, alle drei geistige Gefolgsleute von Thomas Hobbes und Carl Schmitt. Von Krockows Attacke gegen obrigkeitsstaatliches Denken wurde 1967 von Karl Dietrich Bracher aufgenommen, der als Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft deren Jahrestagung in Tutzing mit einem Vortrag über „Staatsbegriff und Demokratie in Deutschland“ eröffnete: „Die Zeichen erschrecken, wenn solches im Namen der Politischen Wissenschaft geschieht.“ Als Apologeten einer „vorrevolutionären und antidemokratischen“ Trennung von Staat und Gesellschaft, von Staat und Demokratie nannte Bracher explizit „Roman Schnur, Reinhart Koselleck und Bernhard Willms[,] die Carl-Schmitt-The-

95 So der Bericht von Professor Besters über die Sitzung des Gründungsausschusses am 3.5.1965 in der 4. gemeinsamen Sitzung der Wirtschaftswissenschaftlichen und Sozialwissenschaftlichen Abteilung am 4. und 5.5.1965, S. 1, in: Akten der Fakultät für Sozialwissenschaft, Ordner Fakultätsrat 1.o.-26.o. 1965-1968.

96 Krockow, Christian Graf von: Staatsideologie oder demokratisches Bewußtsein. Die deutsche Alternative, in: Politische Vierteljahresschrift, Bd. 6 (1965), S. 118-131, bes. S. 119.

orien vom absoluten Primat des modernen Staates über alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte zum Vorbild auch der Politiktheorie der Gegenwart erheben wollen.“⁹⁷

Bei der Wiederbesetzung der Bochumer Lehrstühle von Schnur und Koselleck kamen Ende der sechziger Jahre Privatdozenten aus Heidelberg und München zum Zuge. Sie hatten sich nicht nur im Fach habilitiert, sondern standen auch politisch in der Mitte: wohl eine Reaktion auf die anfängliche Frontstellung zwischen Dominanz von rechten Professoren und linken Studentenvertretern. Bei der Wahl der dritten Generation Bochumer Politikwissenschaftler bediente man sich zweimal nicht nur aus dem Berlin-Münchener Karrierestrang (Andersen, Bleek), sondern auch aus dem empirisch-sozialwissenschaftlichen Pool der Mannheimer (Lehner, Widmayer, zuvor bereits Schatz); allen war eine sozial-liberale Einstellung gemeinsam.

Insgesamt, und das ist das abschließende vierte Fazit, hat die Bochumer Repräsentanz der Politikwissenschaft nach Anfangsexperimenten den Übergang zur fachlichen – und politischen! – Normalität gefunden. Das hat ihre Anschlussfähigkeit und Integration im bundesdeutschen Fach gesichert. Es hat aber auch Gründungstraditionen wie die Kooperation und Kooptation mit anderen Fächern, insbesondere mit der Geschichts- und Rechtswissenschaft, verblassen lassen. Auch mit der Verwirklichung der immer wieder beschworenen „Einheit der Sozialwissenschaft“ hapert es oft bei der alltäglichen Zusammenarbeit der Politikwissenschaft mit den anderen Fächergruppen in der 1985 zur Fakultät umfirmierten Abteilung für Sozialwissenschaft, doch das ist ein anderes, aktuelleres Thema.

97 Bracher, Karl Dietrich: Staatsbegriff und Demokratie in Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift, Bd. 9 (1968), S. 2-27, Zitate auf S. 23. Insgesamt zur Auseinandersetzung der bundesdeutschen Politikwissenschaft mit dem traditionellen Staatsverständnis vgl. Günther, S. 234ff., und die im Erscheinen befindliche Abhandlung von Anter, Andreas/Bleek, Wilhelm: Staatskonzepte. Die Theorien der bundesdeutschen Politikwissenschaft, Frankfurt a. M. 2013.

Abbildungsnachweise:

- S. 4: Universitätsarchiv Bochum, Dep. Staatl. Bauamt Bochum 02, Nr. 69.1789
- S. 9: privat
- S. 14: Universitätsarchiv Bochum, F-00046 (Aufn.: Presse- und Informationsamt der Stadt Bochum, Ausschnitt)
- S. 15: Universitätsarchiv Bochum, F-00556 (Aufn.: Presse- und Informationsamt der Stadt Bochum)
- S. 18: Universitätsarchiv Bochum, Portraitsammlung
- S. 19: © Carl-Schmitt-Gesellschaft e.V., Plettenberg
- S. 25: Universitätsarchiv Bochum, Portraitsammlung
- S. 26: Universitätsarchiv Bochum, Dep. Staatl. Bauamt Bochum 02, Nr. 65.0663
- S. 29: Universitätsarchiv Bochum, Portraitsammlung
- S. 30: Universitätsarchiv Bochum, Portraitsammlung
- S. 34: Universität Duisburg-Essen (Aufn.: Bischoff)
- S. 39: Pressestelle der Ruhr-Universität Bochum (Aufn.: Fotostudio Greven, Münster)
- S. 41: Universitätsarchiv Bochum, Portraitsammlung
- S. 43: Universitätsarchiv Bochum, Kleine Sammlungen 40
- S. 44: Universitätsarchiv Bochum, Portraitsammlung
- S. 45: Universitätsarchiv Bochum, Portraitsammlung

